

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn beträgt 32.- M., bei Selbstabholung 27.75 M. — Preis der Einzelnummer 1.50 M. — Telefon für Kontor und Expedition: Nr. 22721 und Nr. 24598 **Postkontonr. Nr. 53477** :: :: **Postkontonr. Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13003. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 24598

Inseratenpreise: Die 8spaltige Kolonelle oder deren Raum 6.— M., bei Platzvorschrift 7.20 M.; Familienanzeigen, die 8spaltige Zeile 4.80 M.; Nekrolog-Kolonelle 24.— M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 22721
Schluss der Inseraten-Nahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Gewerkschaftsmitglieder und Parteigenossen!

Nach allen Berichten aus dem ganzen Reich hat die Kundgebung für unsere gemeinsamen Forderungen zum Schutze der Republik am letzten Dienstag unter gewaltig gesteigerter Anteilnahme des arbeitenden Volkes stattgefunden. Die Erwartungen, die wir an unseren Aufruf vom 30. Juni geknüpft hatten, sind damit in vollem Maße erfüllt.

Leider sind die Demonstrationen an einzelnen Orten durch Ausschreitungen gestört worden. Wir müssen feststellen und bedauern, daß in diesen Fällen unsere

Warnungen vor Provokationen nicht genügend beachtet

wurden. Insbesondere müssen wir es öffentlich verurteilen, daß Handlungen begangen wurden, die ein Hohm auf die jetzt so dringend nötige Einigkeit der Arbeiter sind.

Wir haben uns bei der Aufstellung unserer gemeinsamen Forderungen vom 27. Juni gegenseitig verpflichtet: „diese Forderungen gemeinsam durchzusetzen und alle Maßnahmen der Regierung zur Erreichung dieses Zieles zu unterstützen.“ Ferner haben wir von der gesamten Arbeiterschaft die Bereitschaft zur Unterstützung unseres Vorgehens durch solidarische Massendemonstrationen verlangt, sobald wir dazu aufrufen. Zugleich haben wir unsere Mitglieder aber auch

zu geschlossener Disziplin und absoluter Einigkeit verpflichtet.

Jetzt verhandelt der Reichstag über die Gesetzesvorlagen, in denen unsere Forderungen verwirklicht werden können. Das Ergebnis dieser Beratungen, die nach Möglichkeit beschleunigt werden, wird unsere weiteren Entschlüsse bestimmen.

Darum ist jede Taktik einer einzelnen Organisation, die darauf ausgeht, sich selber im Gegensatz zur anderen als bes-

onders eifrig hinzustellen, die Absicht der anderen aber herabzusehen und zu verdächtigen, besondere Kampfmethoden zu propagieren und die Aktion entgegen den gemeinsamen Beschlüssen auf eigene Faust weiterzutreiben, aufs entschiedenste zu verwerfen.

Gewerkschaftsmitglieder, Genossen,

zeigt denen die Tür,

die jetzt in Wort oder Schrift eure Einigkeit stören oder euch zu Taten verleiten wollen, die nicht unseren gemeinsamen Forderungen und den von uns gemeinsam ausgegebenen Parolen entsprechen. Die so handeln, gehören nicht zu uns. Lehnt jede Gemeinschaft mit ihnen ab und weist, wo ein solcher Störenfried in den eigenen Reihen auftritt, ihn gebührend in die Schranken.

Die kommunistische Partei hat sich geweigert, den vorstehenden Aufruf, wie auch schon den gemeinsamen Aufruf vom 3. Juli, der vor Provokateuren warnte, zu unterzeichnen. Damit ist die SPD. aus der Aktionsgemeinschaft der unterzeichneten Organisationen ausgeschlossen. Die Unterzeichneten verpflichten sich und ihre Anhänger desto nachdrücklicher, die in diesem Aufruf festgestellten gemeinsamen Grundzüge aufs genaueste zu beachten.

Berlin, den 7. Juli 1922.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Leipz. Gr. Hermann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Aushäuser. Söh. Stähr.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Müller. Braun.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Crispien. Dittmann. Ledebour.

Koalitionspolitik und Einigungsfrage auf der sächsischen Landeskonferenz der SPD.

Die am Sonnabend und Sonntag in Chemnitz abgehaltene Landeskonferenz der SPD. stand unter dem Eindruck der politischen Ereignisse der letzten Wochen. So ist es verständlich, daß die Fragen der Koalitionspolitik und der sozialistischen Einigung im Vordergrund standen und alles andere zurückdrängten. Der Nord an Rathenau, der nur ein Glied ist in der Kette der gegenrevolutionären monarchistischen Aktionen, hat die Situation blühartig erhellt und die Gefahr aufgezeigt, in der sich die Republik befindet. Niemand ist der unüberbrückbaren Gegenfah zwischen der sozialistischen Arbeiterschaft und dem konterrevolutionären Bürgertum so offenbar geworden; niemals ist die Unmöglichkeit, die Klassengegensätze zu überbrücken und auszuföhnen, so deutlich zutage getreten; und niemals hat sich den Arbeitern und allen wahrhaften Republikanern mit so zwingender Logik die Erkenntnis aufgebrängt, daß der organisatorischen Zerrissenheit der Arbeiterklasse so bald als möglich ein Ende gemacht und der Konterrevolution die Einheitsfront des Proletariats entgegengestellt werden muß. Die gewaltigen Demonstrationen der letzten Wochen haben gezeigt, daß die Arbeiterschaft das Gebot der Stunde begriffen hat.

In Sachsen ist die Sehnsucht nach der politischen Einheitsfront besonders stark. Dazu haben die Erfahrungen der letzten Jahre beigetragen. Das zeigt sich besonders deutlich in der entschiedenen Ablehnung der sogenannten großen Koalition (mit der Deutschen Volkspartei), die ein Redner auf der Chemnitzer Tagung als ein völlig verfehltes Experiment bezeichnet, an das nie wieder gedacht werden könne.

In Sachsen besteht aber auch seit zwei Jahren eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft, die im schärfsten Kampf mit dem vereinigten Bürgertum steht, und deren Vorteile den Arbeitern immer mehr zum Bewußtsein kommen. Kein Wunder also, wenn gerade die sächsische Arbeiterschaft nach einer klaren politischen Stellungnahme und zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront drängt. Dieses Drängen der Massen nach Klarheit kam in Chemnitz treffend zum Ausdruck. Mögen sich auch einige prominente Führer noch nicht völlig freimachen können von Traditionen und der Ueberhöhung der demokratischen Form, die Massen sehen nicht auf die Form, sondern auf den Inhalt. Sie wollen keine Halbheit, sondern klare Bahn und offenen Kampf für den Sozialismus.

Eine Resolution des Chemnitzer Bezirkes bildete den Ausgangspunkt für die Debatte zur Koalitionspolitik. Sie verlangte, daß die Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen abgelehnt werde. Der Versuch des Landes-Arbeitsausschusses, diesen Passus zu streichen, fand lebhaften Widerstand, obwohl ausdrücklich versichert wurde, es handle sich nicht um eine Ablehnung des Passus, man halte die Formulierung nur mit Rücksicht auf den Beschluß der vorjährigen Landesversammlung, die vorsehe, daß über diese Frage in jedem Falle ein Parteitag entscheide, für überflüssig. Der Widerstand zeigt, daß man eben völlige Klarheit haben wollte. Der weitere Vorschlag, die Worte „unter allen Umständen“ durch „entschieden“ zu ersetzen, hätte weniger Widerstand gefunden, wenn nicht Ministerpräsident Bud in wenig geschickter Weise eingegriffen und den Anschein erweckt hätte, als solle sich die Partei ein Hintertürchen offen lassen. Es ist immerhin erfreulich, daß er mit seiner nicht zweifelsfreien Haltung allein blieb und die Minister Follisch und Zeigner von ihm abrückten. Eine völlige Verleugnung war es, wenn ein Leipziger Delegierter davon sprach, daß sich die Taktik der SPD. bewährt habe, während die der USP. von ihr ausgegeben worden sei. Wir wollen in diesem Zeitpunkt, der anderes von uns fordert, nicht in eine Erörterung eintreten, wer im wesentlichen recht behalten hat, aber wir dürfen, wenn die Freunde von rechts an eine Wandlung der USP. reden, daran erinnern, daß die SPD. mit ihrem Göttinger Beschluß, der die Koalitionspolitik in Preußen zur Folge hatte, Schiffbruch gelitten hat. Gerade diese Erfahrung hat ja die Stimmung in Chemnitz so wesentlich beeinflusst. Aber es kommt auch gegenwärtig nicht darauf an, die früheren Fehler heranzuziehen, sondern darauf, die Erfahrungen zu verwerten und weitere Fehler im Interesse der Arbeiterklasse zu vermeiden.

Im engsten Zusammenhange mit der Koalitionsfrage steht die Frage der Einigung der sozialistischen Parteien, denn nur durch eine einige zielklare Arbeiterschaft kann der Reaktion ein haltbarer Damm entgegengesetzt und der Gedanke an die große Koalition endgültig niedergelämpft werden. Diese Erkenntnis gewinnt in beiden sozialistischen Fraktionen immer mehr an Boden. Der Beschluß der Leipziger Funktionäre bietet dafür einen sprechenden Beweis. In Chemnitz wurde dieser Beschluß stürmisch begrüßt, und eine Entschließung gefaßt, die den ersten Willen zur Vereinigung zeigt. Damit ist ein weiterer bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege zur politischen Verständigung und Einigung getan. Wir sind uns der Schwierigkeiten, die der organisa-

Ein Dollar = 550 Mark.

Gesuch um Zahlungsausschub.

Berlin, 8. Juli. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung sich zu einem Moratoriumsgesuch entschlossen mit dem Ziel, die Barzahlung auf einen längeren Zeitraum zu verteilen, um so eine Atempause zu bekommen. Die Verhandlungen sind bereits im Gange. Die Staatssekretäre Fischer und Schröder sind heute nach Paris abgereist, um mit den Mitgliedern der Reparationskommission in Verbindung zu treten. Später dürfte Staatssekretär Bergmann folgen.

Die Debatte weckt noch zu berichten: „Es ist wahrscheinlich, daß mit der Reparationskommission eine Verständigung über das Moratoriumsgesuch erzielt wird. Jedenfalls ist die Frage der Zahlung am 15. Juli auf alle Fälle verklärt, so daß für diese Zahlung keinerlei Komplikationen zu befürchten sind.“

Die Stimmung in Paris und London.

Der außerordentlich schnelle Marksturz in den letzten Tagen hat die politischen und Finanzkreise in Frankreich und England ungescheut; sie sehen große Gefahr auch für sich, deshalb suchen sie nach Anstufungsmitteln, dem weiteren Marksturz zu steuern. Leber die Stimmung und Absichten der Staatsmänner Frankreichs und Englands unterrichten nachfolgende Meldungen:

Paris, 8. Juli. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ teilt mit, am kommenden Dienstag werde ein außerordentlicher Ministerrat unter dem Vorsitz Lloyd Georges abgehalten werden, der sich mit der Reparationsfrage beschäftigen werde. Der Berichterstatter glaubt, daß Lloyd George sich mit Außenminister Schanzer über die Einberufung des Obersten Rats verständigt habe, und daß letzterer heute hierüber in Paris mit Poincaré verhandeln werde. Lloyd George habe nach Western abend vor seiner Abreise aufs Land mit dem Schatzkanzler Horne gesprochen, der seinerseits sich sofort zu Chamberlain ergeben habe. Letzterer habe ihn sogar im Krankenzimmer empfangen. Die Unterredung habe sich auf die deutschen Zahlungen und auf die Kriegsschulden der Alliierten bezogen.

Paris, 8. Juli. In Paris herrscht beträchtliche Aufregung über die Meldung, Deutschland verlange ein neues Moratorium. Der furchtbare Marksturz der Markt erweckt hier weitverbreitete Besorgungen, einmal wegen des Zusammenbruchs der Reparationszahlungen, zum anderen aber fürchtet man auch ernstlich für den Frankkurs, da das Schicksal des französischen Frank mit dem der deutschen Mark aufs engste verknüpft ist. Wie vermeldet, will die französische Regierung das Morgan-Komitee zu sofortigem neuem Zusammenritt veranlassen. Die Reparationskommission ist heute zu einer dringenden Sitzung zusammengetreten, um über die Lage zu beraten.

Paris, 8. Juli. Wie in hiesigen politischen Kreisen verurteilt, beabsichtigt die französische Regierung, im Zusammenhang mit den bevorstehenden Verhandlungen über das Moratorium der Reparationskommission darauf zu drängen, daß die deutsche Regierung sich endlich dazu aufraffe, energetische Maßnahmen zur

Unterbindung der wilden Devisenspekulation an den deutschen Börsen zu ergreifen. Man ist in Regierungskreisen der Auffassung, daß die augenblickliche ungewöhnliche Unterbewertung der Mark im deutschen Inlande in den tatsächlichen Verhältnissen keine ausreichende Begründung findet.

Beziehungen der russischen zu den deutschen Monarchisten.

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) In der roten Fachzeitschrift „Karl Kadel“ heute über die Verbindung der russischen Monarchisten in Bayern mit dem Zentrum der deutschen Monarchisten. Er erinnert an den Kongreß von Reichenthal, der durch die Finanzhilfe der deutschen Monarchisten organisiert wurde und auf dem die deutschen Monarchisten durch Schneider, Richter und Pflaum vertreten gewesen seien. Die monarchistischen russischen und deutschen Organisationen ständen in enger Verbindung. Die Leitung der Verbindung läge in Berlin in den Händen der höchsten monarchistischen Kreise, in den Händen des deutschen Majors v. Pflaum, eines der Leiter der Orgelorganisationen. Sein Adjutant sei der Rittmeister Egon v. Stern. Kadel nennt noch eine ganze Anzahl von Namen. Er behauptet, daß die ganze Gruppe in die Ermordung Rasbolskoff verwickelt sei. Diese Tatsachen seien sogar der deutschen Polizei sehr gut bekannt. Kadel behauptet, daß ihnen deshalb nichts geschähe, weil Herr Barthel, die rechte Hand Weismanns, in enger Verbindung mit Wrangel, Orlov und mit dem Leutnant Glebov, dem früheren Rundschafter Judentzsch, und mit dem General Davidow, dem russischen Informator der deutschen weißen Organisationen, stehe. Diese lieferten Weismann das hauptsächlichste Material gegen die Funktionäre Sowjetrußlands. Da sie mit der deutschen Schutzmannschaft in enger Verbindung standen, waren sie vortrefflich über jeden Schritt derselben unterrichtet. Die russischen Monarchisten benachrichtigten auf der andern Seite die deutschen Monarchisten. So sei ein ganz enges Zusammenarbeiten festgestellt. Kadel schreibt weiter:

„Wenn es der deutschen Schutzmannschaft gelingen sollte, die Mörder Rathenaus ausfindig zu machen, so geschieht das „ohne ihre Schuld“. Aber was ihr ohne Zweifel nicht gelingen wird, ist, die ausfindig zu machen, die hinter dem Rücken der Mörder stehen. Die deutsche Regierung gestikuliert zur Zeit sehr heftig, aber hier sei offen erklärt, daß sie häufig genug über das Bestehen dieser organisierten, terroristischen internationalen Vorbereitungen informiert worden ist, daß sie sich aber den Anschein gegeben hat, als ob sie diesen Informationen nicht glaube, da sie den politischen Kampf mit den Weissen fürchtete, sogar mit den russischen Weissen zu ergreifen verbot, daß das Außenministerium auf jeden Fall Verbindung unterbiete. Rathenau ist das Opfer der feigen Politik der Regierung geworden, zu der er gehört hat.“

Es wird gut sein, wenn man diesen Behauptungen einmal etwas näher nachsieht.

rischen Vereinigung der Heubeparteien im Reich entgegensteht, wohl bewußt.

Der diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich. Sie müssen überwunden werden im Interesse des Proletariats, die Voraussetzungen dazu, der klare Wille zum energischen, durchhaltenden Kampf für die sozialistischen Ideale unter Ausschaltung bürokratischer Kompromisseisen reifen unter dem Druck der Verhältnisse immer schneller heran. Der Willensausdruck der Chemnitzer Landesversammlung wird von den Rechtssozialisten auch im Reich nicht unbeachtet bleiben können und weiter zur Klärung der politischen Situation beitragen. Deshalb begrüßen wir die Chemnitzer Tagung als eine Etappe auf dem Wege zur politischen Einigung.

Die monarchistischen Republikaner.

Die Streikmänner aus dem Reich haben sich am gestrigen Sonntag in Berlin versammelt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Sie haben dies in einer Weise getan, wie es ihrem einflussreichen Charakter als ehemalige Reichsnationalräte entspricht. Sie protestieren „gegen die Verletzung des öffentlichen Lebens durch Mordorganisationen und durch Ausreizung der Neidinstinkte“; sie erklären, „sie seien der Überzeugung, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur auf dem Boden der republikanischen Verfassung möglich sei“. Was sie unter Wiederaufbau verstehen, sagen sie nicht; es ist freilich auch nicht nötig, ihre Äußerungen in diesen Tagen der Sabotierung der Zwangsankleihe, der Betrübenlage, der Forderung nach Beseitigung des Arbeitsunwangs, der Sabotierung der Gesetzesvorlage zum Schutze der Republik sind ein so deutliches Programm, daß es zur Beurteilung der deutschen Volkspartei als Wiederaufbauer völlig genügt.

Nachdem sie so der Öffentlichkeit mit dem ersten Teil ihrer Erklärungen genügend Sand in die Augen gestreut haben, zeigen sie im zweiten ihr wahres Wesen. Im letzten Augenblick haben sie sich gegen die Herrschaft der Strafe wenden; sie warnen sie gegen jede Schwächung der staatsbeladenen Bluttiefenden alten Reichsfahne und der „großen vaterländischen Geschichte“. Nur in einem Punkt bringen sie ein Stück Ehrlichkeit auf, indem sie sich offen der politischen und Geistesgemeinschaft mit der Deutschnationalen Partei rühmen.

Stets, wenn die rechtskonservativen Verbrecher Deutschlands ein Stück tiefer in den Abgrund gestoßen haben und sie dafür zur Rechenschaft gezogen werden sollen, stellen sie sich die mitschuldigsten Streikmänner schuldig vor jene, und so auch diesmal wieder, wobei sie noch Hilfe von Demokraten aus der Regierungspartei bekommen. Immer tiefer ist es mit Deutschland auf diese Weise wirtschaftlich und politisch gegangen und wir sind gegenwärtig an dem Punkte angelangt, wo es nur ein Entweber — Oder gibt. Und in diesem Augenblick treiben die Volkspartei mit einem Teil der „Demokraten“ und dem Zentrum ein Spiel, das unter allen Umständen, wenn es gelänge, zum Ruin Deutschlands führen muß.

Die Volkspartei wollen mit in die Regierung aufgenommen werden, damit sie nicht nur das verschandelte Schutzgesetz für die Republik bei der Handhabung noch unwirksamer machen, sie sollen auch den sozialdemokratischen Einfluß in der Regierung schwächen. Gelingt das Planchen mit der Regierungsverbreiterung nach rechts nicht, so soll wenigstens ihre Verbreiterung nach links verhindert werden. Das eine, worauf die bürgerlichen Drahtzieher Angst haben, ist eine Reichstagsneuwahl; wollen sie doch genau, daß diesmal eine Währungsreform erfolgen könnte wie 1912. Es werden deshalb Nachrichten in die Blätter lanciert, die der Regierung unterstellen, auch sie wolle von einem Wahlkampf nichts wissen. So teilt die DeNa mit:

„Aus innerpolitischen und außenpolitischen Gründen erscheint ein Wahlkampf der Regierung im Augenblick nicht opportun, da die öffentliche Meinung sich in einem Zustand der Unruhe befindet und für einen ruhigen Verlauf schwerer Besürchtungen entstehen müßten.“

Diesmal werden sich die Herrschaften aber täuschen. Entweder das Gesetz zum Schutze der Republik wird eine wirkliche Waffe, oder es gibt Wahlkampf. Der Vorwärts spricht dies auch ganz deutlich aus. In der gestrigen Besprechung der Führer der Reaktionsparteien mit dem Reichskanzler haben die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie die Situation als äußerst ernst betrachten und keineswegs daran denken, sich mit einem verwässerten Gesetz zum Schutze der Republik zufriedenzugeben.

Und im Leitartikel des Vorwärts vom Sonntag heißt es: „Die gestrige interfraktionelle Konferenz beim Reichskanzler über die Frage der Regierungsumbildung ist wie das Hornberger Schicksal verlaufen, weiß es den bürgerlichen Parteien verlagert geblieben ist, die Zeichen der Zeit zu erkennen. Sie können sich noch immer nicht dazu entschließen, rasch zu tun, was doch getan werden muß, und kämpfen als die sozialdemokratischen Forderung, durch Eintritt der Unabhängigen in die Regierung eine feste republikanische Mehrheit herzustellen, noch immer mit kleinlichen taktischen Bedenken.“

So sei es noch einmal in alle Ohren geschrien: Das Gesetz zum Schutze der Republik wird von einer republikanischen Mehrheit gemacht werden oder es wird nicht zustande kommen. Die Regierung wird mit einer republikanischen Mehrheit regieren oder sie wird stürzen, dieser Reichstag wird von einer republikanischen Mehrheit geführt werden oder er wird der Auflösung verfallen. Eine republikanische Mehrheit kann aber im Reichstag nur durch Zuziehung der Unabhängigen gebildet werden.“

Aus der Werkstatt der Mörderorganisationen

Wir berichteten bereits vor einigen Tagen, daß sich die Jüden des Mordplotts gegen Harden nach der Stadt Oldenburg zuflüchten. Die Polizei ist den Spuren gefolgt und hat nunmehr, wie die P. P. N. mitteilen, folgendes festgestellt:

Der eigentliche Anführer des Attentats ist der Vorsitzende des Deutschen Treubundes mit Namen Albert Wilhelm Grenz. Er vertritt antisemitische Ansichten und ist noch mehreren anderen deutschvölkischen Organisationen zugehörig. In seiner Behausung fand man außer einer Menge Radphotographien (hauptsächlich von deutschvölkischen) eine Liste aller deutschvölkischen Anhänger, die zu Taten bereit wären, sowie eine Liste der in Ostpreußen wohnenden Juden. Die Beziehungen zu Grenz wurden durch die Verhaftung des Mittäters Reichardt hergestellt. Grenz selbst ist geständig. Über die Vorgänge, die zu dem Mordattentat auf Harden führten, wissen die P. P. N. nachstehendes zu berichten:

„Wie Grenz angab, erhielt er Anfang März d. J. einen Brief aus München, der mit der Schreibmaschine geschrieben war und die Aufforderung an ihn enthielt, zwei junge talentvolle Männer zu suchen, die bereit sind, ihr Vaterland alles zu tun. Ihre Sicherstellung würde erfolgen. Antwort umgehend unter A. N. G. 500, Hauptpostamt München.“ Unterzeichnet war der Brief nicht, sondern wies nur einen fünfzähligen Gemein-Stern auf.

Grenz trat an Reichardt heran, der sich sofort zur Tat bereit erklärte und kurz darauf mit Unterwiesing bei Grenz erschien. Nunmehr schrieb Grenz an die angegebenen Adressen nach München, er habe zwei brave deutsche Männer gefunden. Schon wenige Tage darauf kam aus München ein brieflicher Dank für Grenz und für die beiden Männer. Und die weitere Mitteilung, sofort nach Frankfurt a. M. zu fahren, wo unter A. N. G. 506 hauptpostlagernd weitere Nachricht für Grenz liege.

Diesem Verlangen kam Grenz nach, und bei seinem Eintreffen in Frankfurt a. M. lag dort ein Brief, in dem es heißt, daß zur Ausführung der Tat eine Summe bestimme,

die entsprechend zu verteilen sei. Auch solle Grenz die beiden Leute förmlich verpflichten. Nach der Tat würde den beiden eine weitere Summe bezahlt werden, die die anliegende (es waren 25.000 oder 25.000 Mk.) erheblich übersteige. „Außerdem wird beiden Leuten, wenn sie Wert darauf legen, durch Vermittlung Anstellung in bayrischen Staatsdiensten in Aussicht gestellt.“ Ein belagertes Jüden in Münchenschrift enthielt nur die Worte Maximilian Harden. Ein weiterer Zettel gab folgende Verhaltensmaßregeln: „Keine Briefe und keine Telegramme senden, täglich Auto brauchen, nicht viel reden, alles auf die Sache bezügliche vernichten, nach der Tat nach verschiedenen Himmelsrichtungen auseinandergehen.“ Grenz fuhr nunmehr nach Oldenburg zurück und benachrichtigte die beiden in Aussicht genommenen Täter. Er verpflichtete sie in seiner Wohnung durch Handschlags förmlich und machte sie darauf aufmerksam, daß den Veräter die gleiche Strafe treffen würde, die Maximilian Harden zugehandelt sei. Man schüttelte sich die Hand und wußte, was geschehen sollte. Unterwiesing erhielt 10.000 Mk., Reichardt 7000 bis 8000 Mk. Die beiden letzteren trafen ab fühlten aber nicht, wie verabredet, nach Ende März oder Anfang April die Tat aus, trübten sich vielmehr zunächst in Berlin herum, suchten Bars und saßen erst nach der Ermordung Rathenaus an Grenz, daß

„trotz der ungünstigen Konjunktur das Geschäft binnen kurzem perfekt gemacht werden würde. Man rechne dann auch auf prompte Innehaltung der von der Gegenseite übernommenen Verpflichtungen.“

Wie Bayern die Verbrecher schützt.

Das Wohl des Herrn von Jagow.

Im Thüringer Landtag machte der Genosse Bärwinkel aufsehenregende Mitteilungen. Er berichtete von einer in Nürnberg stattgefundenen Beratung von Vertretern der Länder folgendes:

„Gestern fand aus Veranlassung des Reichs eine Beratung statt, an die sich ein Lichtbildvortrag angeschlossen. Dieser Lichtbildvortrag behandelte uns die neuen Erschießungsarbeiten im fränkischen Jura. Der Vortragende, ein bayrischer Oberregierungsrat, der Leiter dieser Arbeiten, gebrauchte die Versicherung: In diesen Hütten (im fränkischen Jura) sind auch längere Zeit Offiziere beherbergt worden. Und als dann ein Putz kam und sich die Herren nicht mehr ganz sicher fühlten, sind sie in eine sichere Gegend des südkarpathenbanerischen Oberlandes abgereicht. Da mich die Sache interessierte, stellte ich nach dem Vortrag an den Herrn Oberregierungsrat die Frage, was denn für Offiziere in den Hallen des Arbeitskommandos da oben im fränkischen Jura beherbergt worden wären und da erklärte mir der Herr Oberregierungsrat: „Das war die Ehrhardt-Brigade! Dort haben nicht nur die Offiziere gewohnt, sondern wir haben auch die Mannschaften aufgenommen und sie eine ganze Zeit lang als Erwerbslose beschäftigt. Bei uns hat auch Herr von Jagow ein ganzes Jahr gewohnt.“ Als ich dann fragte, ob denn auch Ehrhardt selbst da gewohnt hat, da mußte der Herr doch etwas gemerkt haben und er sagte: „Nein, Ehrhardt selbst war nicht bei uns, sondern nur Herr von Jagow.“

Der Oberregierungsrat hat den Herrn von Jagow wegen Hochverrats straflos verfolgt lassen und Herr von Jagow hat sich in Bayern unbeschäftigt ausfallen können und sich dort anfeinden sehr wohl gefühlt; ebenso die Mordbrecher Ehrhardt. So unterstützen die Behörden im bayrischen Ordnungsstaat die Verbrecher, zu deren Verhaftung sie verpflichtet wären.

Auf der Suche nach den Mördern Rathenaus.

Verhaftung zweier Verdächtiger auf einem Dampfer.

Madrid, 8. Juli. Nach einer Havasmeldung erzählt ABC aus Bigo, daß ein deutscher Dampfer aus Hamburg zwei elegant gekleidete Personen gelandet habe, von denen man vermutet, daß sie an der Ermordung Rathenaus beteiligt waren. Beide wurden von einer Abteilung bewaffneter Matrosen als Gefangene nach der Kaserne gebracht. Nach einer zweiten Meldung des ABC wurden die beiden auf dem Dampfer Alicante in Bigo verhafteten angeblichen deutschen Staatsangehörigen, die Mitglieder der Organisation C sein sollen, nach der Abreise des Dampfers von Hamburg im Kohlenraum entdeckt. Sie werden mit dem nächsten Dampfer, der nach Hamburg geht, nach Deutschland zurückschickt werden.

Der Minister des Innern hat, wie das Blatt weiter hört, eine amtliche Nachricht darüber noch nicht erhalten.

Anmerkung des ABC: Auch an Berliner amtlichen Stellen ist über den Vorfall noch nichts bekannt.

Frankfurt a. M., 8. Juli. Wie der Frankf. Generalanzeiger meldet, ist in Trier der fieberhaft verfolgte Gärtner Theodor Brülligam aus Hanau wegen Begünstigung des gegen Scheidemann verübten Mordversuchs verhaftet und nach Berlin gebracht worden. In seine in Frankfurt a. M. wohnende Frau hat der Verhaftete aus Berlin einen Brief geschrieben, nach dem auch ein Verfahren wegen Beteiligung an der Ermordung Rathenaus gegen ihn eingeleitet worden ist.

Verhaftung eines deutschnationalen Führers

Das Presseamt Thüringen teilt mit: Am 6. Juli 1922 ist in Weimar der Graf von Schlich genannt von Görz und von Wrisberg verhaftet worden. Es wird ihm zur Last gelegt, sich eines Vergehens gegen § 5 Ziffer 1 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 28. Juni 1922 infolge schuldig gemacht zu haben, als er öffentlich vor Zeugen die Ermordung eines Mitgliedes der jetzigen Reichsregierung und die Ermordung eines Mitgliedes einer republikanischen Landesregierung gebilligt hat. Graf von Schlich genannt von Görz ist ein prominentes Mitglied der deutschnationalen Volkspartei Thüringens und für diese auch agitatorisch tätig.

Die Sammelstelle der europäischen Reaktion.

Czarskaja Zita auf dem Wege nach Deutschland?

München, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie mitgeteilt wird, soll sich in der Nähe Münchens die Mutter der Czarskaja Zita eine Villa gekauft haben. Sie soll vorläufig in einem Gasthof absteigen sein. Es heißt auch, daß die Czarskaja Zita selbst in Bayern erwartet wird.

Eine internationale Aktion gegen die deutsche Reaktion.

Berlin, 10. Juli. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes legte, wie der Vorwärts berichtet, am Sonntag in Berlin in einer außerordentlichen Sitzung und befaßte sich mit der Frage, in welcher Weise die Arbeiterklasse aller Länder dem deutschen Proletariat in seinem Kampfe gegen Monarchismus und Reaktion wirksame Unterstützung leisten könne. Zu diesem Zweck richtete das Bureau einen Aufruf an alle dem IGB angeschlossenen Landeszentralen und an die internationalen Berufsvereinigungen, worin diese aufgefordert werden, in ihren Ländern den größtmöglichen Einfluß dahin auszuüben, daß alles unterlassen wird, was die monarchistische und reaktionäre Propaganda in Deutschland unterstützen könnte, und alles getan wird, um die demokratischen und republikanischen Bestrebungen zu unterstützen und zu fördern. Das Bureau beschloß, die sozialistische Internationale und die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien Wien zu einer gemeinsamen Kampfbewegung einzuladen, um eine einheitliche Aktion zur Bekämpfung der Reaktion in Deutschland herbeizuführen. Diese Tagung soll am 18. Juli in Amsterdam stattfinden und auch Stellung nehmen zur Frage der Abänderung des Versailler Vertrages und zur Reparationsfrage.

Der gefährliche Selbstschutz.

Wir haben am Montag bei der Registrierung der Meldungen über Schieberen und Gewalttaten in Oberschlesien sofort erklärt, daß es sich hier höchstwahrscheinlich um Wachenschießen nationaler Elemente handelt, die versuchen, bei dieser Gelegenheit im Trüben zu fischen, die nationalistischen Instinkte hochzuputten und so der Regierung der Republik im Innern sowohl als auch besonders in ihrem Verhältnis zur Entente neue Bewandlungen zu bereiten. Unfre Auffassung wird jetzt bestätigt durch eine Breslauer Meldung vom 1. Juli, die wir in der demokratischen Presse finden, die einer französischen freundschaftlichen Stellung nicht verächtlich ist. In dieser Meldung heißt es:

„Tatsache ist jedenfalls, daß der Selbstschutz und die ihm nachstehenden Elemente sich noch Anstich aller Oberbeschleiser zu einer Landplage ausgewachsen haben. Rein Tag vergeht ohne Zusammenstöße und Terror. Insbesondere tritt der Selbstschutz gegen die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf. Bezeichnend ist, daß nicht nur der Duppener Regierungspräsident und die Zentrumspräsidenten zur Besonnenheit mahnen müssen, sondern daß selbst die deutschnationale Volkspartei in einer ihrer letzten Sitzungen öffentlich von dem Selbstschutz abgerückt ist. Auch aus innerpolitischen Gründen ist ein sofortiges Eingreifen erforderlich.“

Auf den Werken ziehen bewaffnete Truppen des Selbstschutzes umher, hängen schwarz-weiß-rote Fahnen und drohen jeden niederzuschlagen, der die Fahnen entfernt. An der Zuverlässigkeit der Reichswehr in der Bekämpfung des Selbstschutzes wird in Oberschlesien vielfach gezweifelt.“

Die Bekämpfung dieser Selbstschutzgefahr ist auch eine Aufgabe der deutschen und preussischen Regierung, die gleichzeitig mit dem Verbot gegen die Mordorganisationen sehr ernstlich in die Hand genommen werden muß. Die Verbindungen zwischen den Mordorganisationen und zwischen diesen oberchlesischen Selbstschutzes, die weniger Schutz gegen polnische Angriffe als Sturmtrupp gegen die Republik sein sollen, sind schon öfter aufgedeckt worden.

Über die blutigen Vorgänge in Hindenburg besagt eine französische Darstellung, eine sogenannte Räumungskommission des deutschen Selbstschutzes, d. h. eine Gruppe, die die anfalligen Polen aus ihren Wohnungen zu entfernen versucht, sei bei einer solchen Tat von den Franzosen gestoppt worden. Nach der Darstellung des Selbstschutzes soll eine Verammlung dieser Organisation an die Franzosen verraten worden sein, worauf es zu einem Gefecht gekommen sei.

Die Befassung v. Bollmars.

München, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonnabend nachmittag fand die feierliche Bestattung des verstorbenen sozialdemokratischen Führers Georg v. Bollmar im Münchener Offiziershof statt. Es sprachen der Münchener Parteisekretär Franz Schmidl, der Landtagsabgeordnete Segig und im Namen des sozialdemokratischen Parteivorstandes Deutschlands der würtembergische Gesandte in Berlin, Reichstagsabgeordneter Hildebrand, der betonte, daß „wir Bollmar nur dadurch ehren, wenn wir eine einheitliche Front des revolutionären Sozialismus zum Schutze der bedrohten Republik herstellen“ würden. An der Bahre Bollmars legten der Gewerkschaftsverein München, der Republikanische Reichsbund, die U.S.P. Münchens und zahlreiche andre Arbeiterverbände Kränze nieder.

Ein würdiger deutschnationaler Volksvertreter.

Vor dem Heibelberger Schöffengericht hat sich am Freitag ein politischer Prozeß abgepielt, dessen Ausgang großes Aufsehen hervorrief. Der deutschnationale Abgeordnete Mager hatte gegen den Chefredakteur des Heibelberger Tagesblattes, Dr. Walter Pfeiffer, Beleidigungsklage erhoben, weil das Heibelberger Tagesblatt in mehreren Artikeln davon gesprochen hätte, Mager hätte bei der Verkaufsmittlung der Luftschiffhalle bei Zahr an die Firma Honneff gegen die deutschen Interessen gehandelt. — Der Prozeß endete mit der Freisprechung Pfeiffers und mit der Verurteilung Magers zu 300 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung Pfeiffers. In der Urteilsbegründung erklärt das Gericht, daß das Verhalten Magers in der Angelegenheit des Luftschiffhallenverkaufs mit der nationalen Würde eines deutschen Abgeordneten unvereinbar sei.

Wie würden sich der ehrenwerte Herr Mager und mit ihm die deutschnationalen und deutschvölkischen Blätter fützlich entrichten haben, wenn ein Jude das unsaubere Geschäft gemacht hätte. Aber so — — ?

Neue Zensurverbote.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Roste, hat das Erscheinen des Göttinger Tagesblattes gemäß § 9 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Juni 1922 auf drei Wochen verboten. — Der Oberpräsident der Provinz Niederschlesien hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik die Schlesische Tagespost wegen der in der Nummer vom 7. Juli enthaltenen Beleidigungen des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung Dr. Boelitz und des Reichskanzlers für vier Wochen verboten.

Besprechungen des Reichskanzlers mit Ebert.

Berlin, 10. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Wie unser Korrespondent erzählt, soll der Reichskanzler nach Frankfurt reisen, um mit dem Reichspräsidenten Ebert die Situation zu besprechen.

Verurteilung der Mörder Babukows.

Berlin, 8. Juli. (TU.) Die Geschworenen bejahten im Prozeß gegen die ehemaligen russischen Offiziere, die das bekannte Attentat in der Berliner Wilmersdorfer Villa auf Mikulow begangen und den russischen Schriftsteller Babukow erschossen haben sämtliche Schuldfragen. Das Urteil lautete für den Angeklagten Taboritzki auf zwölf Jahre Zuchthaus und gegen den Angeklagten von Schachelski-Borg auf vierzehn Jahre Zuchthaus.

Beratung des Gesetzes zum Schutz der Republik

Der Rechtsausschuß des Reichstags beriet am Sonnabend bis in die frühen Abendstunden über das Gesetz zum Schutz der Republik und beendigte die erste Lesung. Zunächst wurde die Sachdebatte zu Ende geführt. Genosse Rosenfeld stellte fest, daß die provozierenden Erklärungen des bayrischen Bauernführers Bayerer den Anlaß zu dieser Bayerndebatte gegeben haben. Seine Drohungen mit den schwersten inneren Verfassungskonflikten nötigen uns, in aller Entschiedenheit gegen die gesuchte Forderung, das Gesetz zu fassen, Front zu machen. Mit vollem Recht muß von der Sabotage Bayerns gesprochen werden. Die Verfügung des bayrischen Innenministers, nach der bayrische Staatsanwaltschaften den Anordnungen des Oberreichsanwalts erst nachkommen dürfen, wenn sie vorher Zustimmung eingeholt haben, hindert die Durchführung der vom Reich gegen die Mörderklubs in Aussicht genommenen Maßnahmen. Diese Verfügung muß unbedingt zurückgenommen werden. Ohne den Schutz der bayrischen Polizeibehörde wären die Mörder Erzbergers nicht erkommen. Es könne keine Rede davon sein, wie der Vertreter Bayerns, Ham m, erklärt habe, daß das Reich für die Verhältnisse Bayerns Verständnis haben müsse, umgekehrt müsse Bayern endlich Verständnis haben für die Republik. — Die Anträge des Zentrum und der Demokraten, die Reichsgerichte für den Staatsgerichtshof auf Vorschlag des Reichspräsidenten und die Laienrichter mit Zustimmung oder nach Anhörung des Reichsrats zu besetzen, sind für uns unannehmbar. Mit solchen Vorschlägen wird tatsächlich das Recht des Reichspräsidenten, die auserwählten Personen auszuwählen, außer Acht gelassen. Ein Staatsgerichtshof, dessen Zusammensetzung vom Reichsrat abhängt, wird niemals ein Schutzorgan für die Republik werden. Hinter uns stehen die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen des Klassenbewußten Proletariats. Sie dürfen sich über diese Forderungen nicht einfach hinwegsetzen.

Abg. Wissell (Soz.): Nachdem von den Vertretern Bayerns die Frage der Gestaltung des Staatsgerichtshofs auf das rein politische Gebiet hinübergespielt ist, spitze ich für uns die Angelegenheit auf die Frage zu: Will Bayern Reichsrecht anwenden oder nicht? Für uns ist die Gestaltung des Staatsgerichtshofs nach unsern Wünschen eine der wesentlichsten Voraussetzungen unserer Zustimmung zu dem Gesetz. Das Laienelement in diesem Gerichtshof muß vermindert werden. Vorschläge zum Schutz der Republik können nur energisch angewendet werden von Personen, die innerlich fest überzeugte Anhänger der Republik sind. Diese Überzeugung können wir bei allen Berufsrichtern nicht voraussetzen. Der Ausschuß soll den Ernst der Situation nicht verkennen. — Vertreter Bayerns, Preger: Die von den Sozialdemokraten angebotene Verfügung des bayrischen Innenministers will eine Verlagerung der Anordnungen des Oberreichsanwalts nicht herbeiführen. Die bayrische Polizei ist nicht schuld daran, daß die Mörder Erzbergers nicht ergriffen worden sind. Durch einen Pressebericht sind die Mörder gewarnt worden. Wir wenden uns dagegen, daß Bayern die letzten Rechte, die ihm nach der Verfassung noch geblieben sind, nach und nach genommen werden. Der Reichsrat muß mitsprechen. Ich selbst war Mitglied des hier bekämpften Ausschusses des Reichsrats. (Zuruf links: Ras so!) Wir haben objektiv geurteilt. (Geheißel b. d. Soz.)

Justizminister Radbruch: Der Erlaß des bayrischen Innenministers ist mit der Rechtslage nicht vereinbar. Mit dem Vorschlag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, den Staatsgerichtshof aus dem Rahmen des Reichsgerichts loszulösen, bin ich nicht einverstanden. Der Staatsgerichtshof soll nicht zum Revisionsorgan werden, der nachprüfbar fällt, sondern eine wirkliche Rechtsinstanz. Alle Weltanschauungen sollen in dem Gerichtshof vertreten sein. Wenn die beiden sozialdemokratischen Fraktionen beantragen, statt des Oberreichsanwalts einen besonderen Reichskommissar mit der Durchführung des Gesetzes zu betrauen, so muß ich sagen: wir haben einen Oberreichsanwalt, der das volle Vertrauen genießt. Wenn ich einen Reichskommissar bestellen sollte, ich wüßte keinen andern vorzuschlagen als den Oberreichsanwalt. Wir wollen uns weder nach rechts noch nach links drängen lassen. — Abg. Ra h l (D. Sp.): Will, statt einen besonderen Staatsgerichtshof einzusetzen, die Entscheidung der in Frage stehenden Straftaten einem Senat des Reichsgerichts übertragen. Das Reichsgericht verdient das absolute Vertrauen des Volkes. Ich bin kein Gefühlsrepublikaner, aber ich stehe fest auf dem Boden der Verfassung und würde sie, wenn es notwendig wäre, mit meinem Leben verteidigen. Ich würde mich als Richter nicht davon beeinflussen lassen, daß ich mir denke, die Monarchie wäre die ideale und die für uns passende Verfassung. Volkstribunale dürfen nicht in dem Gerichtshof sitzen, sonst würde unser Vertrauen zu dem Gerichtshof erschüttert sein. — Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Ich bedaure, daß der Vertreter Bayerns die Verfügung des bayrischen Ministers noch verteidigt hat. Es ist gut, daß sie ans Tageslicht gekommen ist. (Zuruf Preger: Sie war kein Geheimnis!) — Weis: Wo ist die Publikation? — Geheißel links.) Auch wir erheben entschieden Protest gegen einen solchen geschwätzigen Erlaß.

Justizminister Radbruch: Auch ich war zunächst der Meinung, daß kein Parlamentarier in dem Gerichtshof sitzen soll, aber zu Mitgliedern des Gerichts müssen Personen gemacht werden, die prominent und in ihrer Weltanschauung gekennzeichnet sind, würde ich sie bevorzugt haben. Wenn der Reichsrat Einfluß erhält auf die Zusammensetzung des Gerichtshofs, so ist damit die Schicksalsfrage des Gesetzes gestellt. — Abg. Wa r z (Zentr.): Das Reichsgericht ist bisher noch von keiner ernst zu nehmenden Seite in seiner Unparteilichkeit angegriffen worden. Trotzdem ist es in der heutigen Situation nicht möglich, dem Reichsgericht die Anwendung des Gesetzes zum Schutze der Republik zu übertragen. Der Gedanke, dem Gerichtshof nach Berlin zu bringen, ist unmöglich ausdendern. — Abg. Ra h l (D. Sp.): Wir haben hier Druck genug. — Abg. D ü r i n g e r (Dn.): Wir haben Bedenken vor der Erregtheit des Volkes, infolge der Verbote, die geschlehen sind, aber auch wegen der Wirkung dieses Gesetzes auf Bayern. Wir wünschen einen objektiven Gerichtshof, deshalb lehnen wir Volkstribunale als Mitglieder ab. Dem Reichsrat muß eine Mitwirkung bei der Zusammensetzung des Gerichtshofs gewährt werden. — Genosse Levi: Die bayrische Regierung hat den Mordgeheimen Unterschluß gewährt. (Zuruf Preger: Wir haben nach Freijugigkeit in Deutschland!) Den Kommunisten haben Sie nie nicht gewährt. Der bayrische Gefahrenerbe muß beseitigt werden. Es ist mir unverständlich, wie der Minister sich mit solchem Pathos gegen die Auffassung wenden konnte, daß man ein Revolutionsgericht schaffen wolle. Es steht Weltanschauung gegen Weltanschauung, und in solchen Kämpfen zerbrechen auch die überkommenen Formen nicht nur des Rechts, sondern auch der Gerichte. Je weiter das zu schaffende Gericht vom Reichsgericht entfernt ist, um so besser ist es, denn weite Kreise des Volkes haben eben kein Vertrauen mehr zu der Rechtsprechung des Reichsgerichts. — Abg. Sch ü c k i n g (Demokr.): Der bayrische Erlaß berührt uns auf das Schmerzlichste. Er bedeutet die Revolution von oben. Wir haben Rechtsverletzungen genug gehabt. Von einem Kuratormerger kann hier keine Rede sein, da für gewisse Kategorien von Reichspräsidenten, nicht für einzelne Fälle ein neuer Gerichtshof konstituiert wird. Der Reichsrat muß wenigstens angehört werden, wenn es sich um Zusammensetzung des Gerichtshofs handelt. — Abg. We i l l (Zentr.): Durch die Erklärung des Justizministers sind wir vor eine ernste Situation gestellt. Die Verantwortung überlassen wir dem Justizministerium. In dieser Zwangslage können wir es aber nicht verantworten, das Gesetz scheitern zu lassen. Andererseits legen wir auf die Wünsche der Länder so großen Wert, daß wir an den Justizminister die Frage richten, wie denn die Auswahl der Richter vorgenommen werden soll.

Reichsjustizminister Radbruch: Es ist selbstverständlich, daß in einer Frage, die das Reichsgericht so sehr angeht, wie die Auswahl von Reichsrichtern für den Staatsgerichtshof, der Reichspräsident vorher gehört wird. Auch die einzelnen Länder werden wir berücksichtigen, da wir den Wunsch haben, Männer aus allen Landesteilen an den Staatsgerichtshof zu entsenden. — Abg. Warmuth (D. Nat.): Das Vertrauen gegen die Richter ist unbegründet. Wenn der Richter sich auf den Richterhuhf setzt, bereitet er sich von allen politischen Auffassungen.

Genosse Rosenfeld: Herr Warmuth scheint die Richter wenig zu kennen. Sonst würde er nicht behaupten, daß sie beim Betreten des Gerichtssaals mit ihrem Mantel auch ihre politische Auffassung in der Garderobe abgeben. Kein Mensch und auch kein Richter kann sich von seiner politischen Überzeugung ganz frei machen. Die Kritik an der Justiz richtet sich nicht gegen die Schwurgerichtsurteile, sondern meistens gegen die Urteile der Strafkammern. Wer von dem Staatsgerichtshof als einem Revolutionsgerichtshof redet, der weiß nicht, was ein Revolutionsgericht ist. Hier wird nur gefordert, daß nur Republikaner, welcher Richtung sie auch seien, Mitglieder des Gerichtshofs werden dürfen, und zwar nicht Vermittlungsrepublikaner, aus denen die Vermittlung bald Vermittlungsarbeiten machen könnte, sondern Fortschrittrepublikaner. Wir fordern, daß der Gerichtshof nur aus einem Richter und sechs Laien besteht.

Abg. Stresemann (D. Sp.): Die Forderung der Massen beachte ich als Stimmungsmoment. Man muß sich aber fragen, wie weit man mit Konzessionen gehen muß, um etwas Schlimmes zu vermeiden. Insofern sind auch die bayrischen Stimmungsmomente von Wichtigkeit. Es muß ein Ausgleich zwischen Zentralismus und berechtigtem Föderalismus gefunden werden. — Abg. We i l l (Zentr.): Ich halte für eine Forderung: Wir legen das größte Gewicht darauf, die Rechte des Reichsrats bei der Ernennung der Mitglieder des Staatsgerichtshofs zu schützen. Nach den Erklärungen der Regierung stehen wir unsere Vorschläge zurück. — Genosse Levi begründet einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf Befragung des Tragens der schwarzen Farben. — Abg. Ra h l (D. Sp.) erklärt den Antrag für unannehmbar. — Der Antrag wird abgelehnt.

Genosse Rosenfeld begründet einen Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, durch den die Anwendung des Gesetzes gegen Links ausgeschlossen werden soll. Nach diesem Antrag soll die republikanische Staatsform nur als Inbegriff derjenigen Verfassungsbestimmungen geschützt werden, in denen der republikanische Staatsgedanke in keinem Unterschied von der früheren Staatsform Ausdruck findet. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem der Justizminister ihn als überflüssig bezeichnet hat. Bei der Abstimmung über die Zusammensetzung des Staatsgerichtshofs werden die Anträge der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, das Gericht aus einem Reichspräsidenten und sechs Laien, bzw. zwei Reichsgerichtsräten und fünf Laien zusammenzusetzen, abgelehnt. — Der Antrag auf Befragung des Reichsrats bei der Auswahl der Laien wird abgelehnt, dagegen wird der Antrag, nach dem der Reichspräsident nur nach Vorschlägen des Reichspräsidenten die Reichsgerichtsräte auszuwählen dürfe, mit allen bürgerlichen Stimmen gegen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen angenommen.

Nach dieser Abstimmung entspinnt sich noch eine lebhafteste Debatte über die Bedeutung dieses Beschlusses. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien behaupten, daß der Reichspräsident doch noch frei sei in der Auswahl der Richter, während Genosse Rosenfeld und Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.) feststellen, daß die Wirkung der Annahme dieses Antrags die ist, daß tatsächlich nicht der Reichspräsident, sondern der Reichsgerichtspräsident die Reichsgerichtsräte ernannt.

Der Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, nicht dem Oberreichsanwalt, sondern einem besonderen Reichskommissar die Vorbereitung der Anträge zu übertragen, wird, da die Deutschnationalen den Saal verlassen haben, angenommen. Der Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, den Staatsgerichtshof nach Berlin zu verlegen, wird abgelehnt.

Nach der Regierungsvorlage sollen nur die Bundesregierungen, aber nicht die Landesregierungen das Recht haben, gegen das Schutzgesetz verstoßende Versammlungen, Kufzüge und Kundgebungen zu verbieten. Genosse Rosenfeld begründet den Antrag der beiden sozialdemokratischen Parteien, nach dem auch die Landesregierungen das Recht zu solchen Verböten haben soll. Der Antrag wird von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es bleibt bei der Regierungsvorlage.

Die Regierungsvorlage sieht eine Ausweisung der Mitglieder früherer landesherrlicher Familien vor, wenn sie wegen Vergehens gegen das Schutzgesetz verurteilt sind. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien entrichten sich über diese Ausweisungsbefugnis, die Regierungsvorlage wird von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Es wird nur eine Bestimmung angenommen, nach der Mitglieder solcher Familien, von denen ein Angehöriger bis November 1918 in Deutschland registriert hat, das Betreten des Reichsgebiets unterlagt oder ihr Aufenthalt in Deutschland auf bestimmte Teile oder Orte des Reichs beschränkt werden. Erst im Falle der Zuwiderhandlung soll eine Ausweisung aus dem Reichsgebiet möglich sein. — Frau Pfüll (Soz.) begründet den Antrag der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, nach dem Mitgliedern der entthronten landesherrlichen Familien das Recht genommen wird, als Reichspräsidenten, Staatspräsidenten oder als Mitglieder einer Regierung gewählt oder bestellt zu werden oder in die Reichswehr einzutreten. — Der Antrag wird von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Es verbleibt bei der fünfjährigen Dauer des Gesetzes. Damit ist die erste Lesung beendet. Die zweite Lesung soll Sonntag erfolgen, falls die Vorlagen gedruckt werden können.

Aus der Partei.

Die Stellung der Organisationen zur Reichskonferenz.
Eine Mitgliederversammlung der USF Halle hat nach einem Referat des Parteisekretärs Genossen Peters und nach längerer Diskussion den Beschluß der Reichskonferenz mit großer Mehrheit gebilligt.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kampf der Textilarbeiter in der Textilindustrie.

Die Verhandlungen, welche vom Arbeitsministerium eingeleitet worden waren und am 6. Juli ihren Abschluß fanden, sind ergebnislos verlaufen. Das reaktionäre Unternehmertum der Textilindustrie will die Arbeiter im Kampfe niederringen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß in der ganzen langen Sitzung von den Unternehmern nicht ein einziger Vorschlag zur Verständigung gemacht worden ist. Und mit sponlicher Offenheit erklärte einer der reaktionären Fabrikanten aus Bielefeld ausdrücklich am Ende der Verhandlungen, daß von Seiten der Arbeiter gar kein Vorschlag nicht gemacht worden wäre. Die ganze Verhandlung war also lediglich eine Komödie. Die Arbeitervertreter erklärten es notwendig, daß die Arbeiter im Falle wirtschaftlicher Notwendigkeit, dem einzelnen Betreibergewerkschaften beizustimmen, sie verlangten nur, daß sie entsprechend dem § 78 des Betriebsratsgesetzes der Einlegung der Ueberlunden ein "Mitbestimmung" und Mitwirkungsrecht der gewählten vorzustellenden Arbeitervertretung zugeteilt erhalten. Sie wollten weiter ein, daß, falls eine Verständigung zwischen Unternehmern und Betriebsvertretung nicht zustande kommt, die tariflich festgelegte Schlichtungsendgültig entscheiden soll. Die Unternehmer lehnten rundweg alles ab. Sie verlangen, daß die Arbeiter Ueberstunden machen, sobald die Anordnung von Seiten der Unternehmer erfolgt.

Die 46-Stundenwoche wurde von den Textilarbeitern erklärmt unmittelbar im Anschluß an die Novemberrevolution. Unter dem Druck der Revolution wurden die Zwangsmaßnahmen gemacht. Seitdem sind 3½ Jahre vergangen. Die politische Reaktion hat außerordentlich eskaliert und das Unternehmertum glaubt, die Erregungsfähigkeit der Novembertage beizulegen zu können. Die Textilindustriellen

gehören politisch als Angehörige der deutschen Volkspartei und der deutschnationalen Volkspartei zu den reaktionär rückständigsten Elementen. Aus ihrem Verhalten muß die Arbeiterklasse erkennen, daß hier nur ein einziges und entscheidendes Handeln zu erdachten ist.

Im Laufe der nächsten Woche wird das Arbeitsministerium ein Schlichtungsgericht einleiten. Ob der Textilarbeiterverband an diesem Schlichtungsgericht teilnimmt, ist angesichts der in Sachen der Arbeitlosigkeit feindlichen Stellung des Arbeitsministeriums noch sehr fraglich.

Jedenfalls dürfte in den nächsten 2-3 Wochen der Streik um die 46-Stunden-woche in der Textilindustrie ausbrechen. Wogit deshalb die Textilarbeiter allerorts auf Stärkung ihrer Klasse Bedacht nehmen und die seit dem 23. Juni eingeführten Doppelbeiträge unterchiedlos leisten.

Die Textilarbeiterklasse hat ihr Schicksal selbst in der Hand. Wer die doppelte Beitragszahlung verweigert, verliert seine Mitsprache gegenüber dem Verband und verläßt sich an der Textilarbeiterklasse und seiner eigenen Familie.

Die Schlichtungsverhandlungen im Berliner Buchdruckerstreik ergebnislos verlaufen.

Zur Beilegung des Buchdruckerstreiks hatte der Reichsarbeitsminister auf Sonnabend nachmittag einen Schlichtungsausschuß unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums einberufen, für den er als Beisitzer auf Wunsch der Parteien von ihnen benannte Vertreter ernannt hatte, und zwar drei Arbeitgebervertreter als Vertreter der privaten Buchdruckerbetriebe, einen Arbeitgebervertreter als Vertreter der dem Reichspostministerium unterstellten Reichsdruckerei und vier Arbeitnehmervertreter aus den beteiligten Verbänden. Nachdem diese Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses vom Vorstehenden bekanntgegeben worden war, zog sich der Schlichtungsausschuß zunächst zu einer Besprechung zurück.

Im Verlaufe dieser Besprechung wurde von einem Vertreter der Arbeitgeberpartei erklärt, daß die Parteivertreter des Sitzungsraums verlassen hätten, da Parteivertreter der Arbeitnehmer nicht erschienen seien und deshalb eine Verhandlung nicht möglich sei. Die Arbeitnehmervertreter hatten bereits zu Anfang erklärt, daß sie Parteivertreter nicht zugezogen hätten, weil dieselben im Schlichtungsausschuß selbst sitzen und ein Vertrag der Sache durch Parteivertreter bei der Kenntnis der Schlichtungsausschussmitglieder von der Unangelegenheit nicht erforderlich ist.

Die Arbeitgebervertreter im Schlichtungsausschuß erklärten nunmehr nach längerer Verhandlung, daß sie an sachlichen Schlichtungsverhandlungen nicht teilnehmen würden, da ein Vertreter der Reichsdruckerei auf Arbeitgeberseite mitläufe und die Partei vor dem Schlichtungsausschuß nicht vertreten sei. Auch hielten sie das Schlichtungsverfahren nach dem Tarifvertrag nicht für zulässig. Alle Versuche des Vorstehenden unter Darlegung der Rechtslage die Arbeitgeberbetriebe zum Eintritt in die sachlichen Verhandlungen zu bewegen, scheiterten. Die Verhandlungen verliefen vielmehr die Sitzung.

Der Vertreter der Reichsdruckerei erklärte, daß er namens des Reichspostministers zur Einlegung auf der Grundlage des Vermittlungsvorschlages des Reichsarbeitsministers vom 7. Juli 1921 bereit sei.

Zum Streit der Gasthausangestellten wird uns geschrieben:
„Da in jedem Restaurant und auf jeder Speisekarte für jeden Gast deutlich sichtbar vermerkt ist, daß der Kellner seinen Lohn und sein Trinkgeld mehr bekommen, so ist es hinlänglich, wenn die Gastwirte behaupten, die 10prozentige Entlohnung des Gastes direkt an den Kellner zu zahlen, daß er sich nicht beschweigen kann, wenn er kein Trinkgeld zu geben braucht. In Wirklichkeit kann die der Gastwirt noch immer nicht an eine Entlohnung der Kellner gewöhnt haben, da es das Betriebsunvermögen früher umloht hatte. Es ist nun ein erstaunliches Zeichen der Zeit, daß der Kellner jetzt auch seinen Lohn mehr bekommen will. Früher war der Kellner nur Arbeiter, welches Ansehen leicht zu leisten mußte. Von morgens 9 Uhr bis nachts 2 Uhr und noch länger, mußte er auf dem Wollen liegen, wenn er Glück hatte, konnte er alle 4 Wochen einmal nachmittags ausgehen. Und was für Arbeiten hatte der Kellner zu verrichten! Da waren in vielen, natürlich nicht in allen Betrieben, Kinder wachen, Rolle drehen, Fensterputzen usw. an der Tagesordnung. Und dies alles hatten die Gastwirte umloht! Goldene, mährchenhafte Zeiten! Kein Wunder also, wenn sich die Gastwirte mit Händen und Füßen gegen eine Entlohnung sträuben und dies wieder dem Publikum aufzwingen wollen, nachdem dieselbe freiwillig im Preise eingepreist ist. Der Kellner ist wohl in seinen Rechten, wenn er so gestellt sein will, wie das Personal aller übrigen Berufe. Wenn sich jemand einen Anzug für 5000 Mk. kauft, und der Verkäufer wollte nach 500 Mk. für ihn haben, so würde er ihn verrückt erklärt. Es wäre tatsächlich an der Zeit, wenn nun endlich die Gastwirte vom Staat aus der Unwissenheit der Kellner durch den Lohn mehr bekommen zu lassen, aufgeweckt würde. Der leidige Streik immer um den gleichen Punkt, der für die Angestellten sehr bitter ist und wenig erfreulich für Fremde, würde dann ein Ende haben. Die hartnäckigsten Gegner der Kellner sind die großen Willkürherrschaften. Die ihren Aktionären jährlich hohe Gewinneanteile auszahlen. Das Nichtnachgeben der Wirte ist um so bitterer, da der Kellner jede Möglichkeit genommen war, an der Wäckerstellung endlich wieder einmal einen höheren Verdienst zu erreichen, um damit die Schulden decken zu können. In die wohl ein jeder ich kommt, der 6-700 Mk. wöchentlich verdient. — Betonen möchte ich noch, daß es wünschenswert ist, wenn Kellner einmal pallieren, da ihm ein Gast mit einer großen Beute durchgeht, abgeben von Glas Bier, mander, der 4 Glas Bier trinkt, zahlt nur 3 Glas was täglich vorkommt. Den Schaden hat keins der Kellner niemals der Wirt. Wenn also wirklich einmal ein Kellner trotz seiner Entlohnung ein Trinkgeld, das ja ein verhältnisses Gehalt des Gastes ist, annehmen würde, so wäre das immerhin ein Verdienst. Es könnte ja als ganz geringer Ausgleich für die Schmechler gelten, die es leider lebersseit gibt.“

Die Bewegung der Ruhrbergleute.
Aus Essen wird gemeldet:
Die freien Gewerkschaften fordern in einem Aufruf an die Ruhrbergleute zur Massenkundgebung im Bergbau bis 12. Juli auf den Ruhrort hinaus.

Zum März 1921 ist der Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Erzinkobienterrevier von den an ihm beteiligten Arbeiterorganisationen gekündigt worden. Seitdem haben fortgesetzt Verhandlungen stattgefunden, die zu keinem Ergebnis führten.

Es wird dann auf die verschiedenen Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern hingewiesen und erklärt, daß nur die Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels übrig bleibt. Alle Bergarbeiter sollten sofort die Kundgebungsausschuße der Gewerkschaftsvereine schriftlich Bergarbeiter sowie die polnischen Bergvereinigungen erklären sich gegen diesen Schritt und verlangen von ihren Mitgliedern, die weiteren Verhandlungen abzuwarten. Die Druckmittel werden im Namen der freien Gewerkschaften. Am Dienstag finden unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers weitere Verhandlungen über den Tarifvertrag statt.

Von Nah und Fern.

Großer Waldbrand.
Kottbus, 8. Juli. Ein riesiger Waldbrand entstand Donners tagnachmittag durch Funkenflug an der Bahnhofsstraße Bremberg bei der Schleiße Oberlausitz. Den angrenzten Be mühungen von ungefähr 1000 Mann, die größtenteils auf Auto mobilien herbeigekurt waren, gelang es gegen 7 Uhr abends, da Feuer, das sich mit rasender Schnelligkeit verbreitete, einzubannen. Dem Spreng, Anseiner zufolge ist die vernichtete Waldfläche auf 2000 Morgen zu schätzen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Heinrich Fleischer in Leipzig.
Verantwortlich für den literarischen Teil:
Hugo Schepian, Leipzig.
Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Wittengiebschaff, Leipzig.

Kluge Mutter merkt!
Ich spreche aus Erfahrung:
Die Krone aller Werte,
Ist Freis-Kindererziehung.

Diese Nummer wiegt 8 Seiten

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Juli.

Parceiangelegenheiten.

Stb. Zeitung. Heute Montag, abends 8 Uhr, Vertrauensmännertagung im Bibliothekszimmer.

Schneefeld. Heute abends 8 Uhr Diskussionsabend in der Bibliothek.

Entwickel. Mittwoch, den 12. Juni, Frauenabend. Vortrag d. Gen. Blohke. Kinder können sich noch zum Ausflug anmelden.

Gewerkschaftsvorstände. Zusammenkunft Donnerstag, den 17. Juli, abends 1/2 Uhr im Volkshaus, Nebenaal links.

Die sächsischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz sind im Gewerkschaftsblatt, Volkshaus, 4. Etage, Zimmer 106, zum Preise von 2 M. das Stück zu haben.

Die Teilnehmer am Preiswettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Gewerkschaftsartel und Platz werden gebeten, ihre Entwürfe im Gewerkschaftsartel, Volkshaus, 4. Etage, Zimmer 112, wochentags in der Zeit von 1/11 bis 12 Uhr vormittags und 4 bis 6 Uhr nachmittags, Sonnabends von 1/11 bis 2 Uhr abzugeben. Straßenbahnfahrgele wird zurückerstattet.

Gewerkschaftsartel Leipzig.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte, Betriebsobmänner der Gruppe 3, Bekleidungsindustrie. Donnerstag, den 11. Juli, abends 7 Uhr, Versammlung im Volkshaus, Café Mitte

Vortrag: Die nächsten Aufgaben der Betriebsräte. Neuwahl des Gruppenrats. Verschiebenes.

USPD-Eisenbahner. Fraktionsführung Mittwoch, den 12. Juli, abends 7 Uhr, Spelaeaal Volkszeitung.

Die Massenaufführung zum Gewerkschaftsfest.

Die nächste Probe findet Dienstag, den 11. Juli, abends 6 1/2 Uhr, in der Festhalle am Königsplatz statt. Es fehlt noch eine Anzahl Darsteller aus allen Altersklassen. Gebraucht werden namentlich:

- 80 Grenadiere,
- 40 Leibgardisten,
- 40 Schweizergardisten.

Wir bitten alle erwachsenen Genossen, sich für diese Rollen zur Verfügung zu stellen. Einige Kenntnis des alten militärischen Drills erleichtert die Proben. Für ein andres Bild fehlen noch 20 Renntänzer,

junge, bewegliche Genossen. Die Tänzerinnen haben sich schon gemeldet. Wir bitten unsere Arbeiterschaft um regste Unterstützung zum Besten des Gewerkschaftsfestes.

Allgemeines Arbeiter-Bildungs-Institut.

Winke für Mieter und Mietervertreter.

(Ausschneiden und aufbewahren)*

III.

Der Instandsetzungsantrag dient zur Vornahme der laufenden Reparaturen. Er ist an den Vermieter zu zahlen.

Alle erforderlichen Reparaturen muß der Vermieter ausführen lassen, gleichviel, ob der Aufschlag ausreicht oder nicht.

Verweigert der Vermieter die sachgemäße Ausführung der notwendigen laufenden Instandsetzungsarbeiten, dann bestimmt die oberste Landesbehörde auf Antrag des Mieters eine Stelle, die die Reparaturen von Amtswegen zur Ausführung bringen läßt.

Der Mieter kann auch nach § 536 BGB. auf Vornahme der Reparaturen klagen, oder nach § 537 BGB. einen Teil der Miete solange einbehalten, bis die Mängel behoben sind.

Der Vermieter ist verpflichtet, der Mieter-Vertretung ordnungsgemäß Rechnung über die aufgewendeten Mittel zu legen. Die von der obersten Landesbehörde zu bestimmende "Stelle" kann anordnen, daß der Reparaturaufschlag für eine bestimmte Dauer an eine behördliche Stelle gezahlt wird. Dafür läßt diese die Reparaturen ausführen.

Große Instandsetzungsarbeiten (§ 7 ABG.) sind: Abbruch oder Neuanstrich des ganzen Hauses, Neueindecken des Daches, Erneuerung der Dachrinnen, Neuanstrich des Treppenhauses.

Für große Instandsetzungsarbeiten ist vom Mieter ein weiterer Aufschlag auf ein Hauskonto zu zahlen. Der Vermieter kann nur mit Zustimmung aller Mieter und nur für große Instandsetzungsarbeiten das Hauskonto in Anspruch nehmen.

Ansprüche aus dem Hauskonto können ohne Zustimmung der Mieter nicht gepfändet werden.

Wenn ein Mieter seine Zustimmung zur Verfügung des Hauskontos nicht gibt, muß der Vermieter die Genehmigung von der "Stelle" einholen.

Die "Stelle" kann ihre Zustimmung nur erteilen, wenn sie die Mieter-Vertretung gehört hat.

Der Vermieter kann das Hauskonto in Anspruch nehmen für:

im Augenblick der Inanspruchnahme notwendige Reparaturen, als auch für solche, die längst hätten vorgenommen werden müssen.

Im Wege des Zivilprozesses kann der Mieter erzwingen, daß der Vermieter die notwendigen großen Reparaturen vornehmen läßt.

Ist der Vermieter bereit, die Reparaturen auf Kosten des Hauskontos vornehmen zu lassen, er aber infolge mangelnder Zustimmung aller Mieter den Einwand geltend macht, daß einzelne Mieter ihre Zustimmung zur Verfügung des Hauskontos verweigern, kann der die notwendige Reparatur fordernde Mieter im Wege des Zivilprozesses die Vornahme der Reparatur betreiben, weil nach § 536 BGB. der Vermieter zur Instandhaltung des Hauses verpflichtet ist.

Die Verpflichtung des Vermieters zur Vornahme der großen Reparaturen besteht auch dann, wenn nach Angabe des Vermieters nicht genügend Mittel auf dem Hauskonto vorhanden sind.

Für gewerbliche Räume besteht ebenfalls nur der Anspruch zur Zahlung der geschätzten Miete nach dem Reichsmietengesetz. Der Aufschlag zur Grundmiete ist hier ein höherer. Er wird allgemein durch die oberste Landesbehörde festgesetzt.

Für gewerbliche Räume, die besonders hohe Aufwendungen erfordern, kann der Vermieter einen besonderen Aufschlag zur geschätzten Miete beim Mieteneingangsamt beantragen. Hierzu ist notwendig, nachzuweisen, daß durch den Betrieb besonders hohe Betriebs- und Instandhaltungskosten entstehen und der Vermieter mit dem Aufschlag für Betriebs- und Instandhaltungskosten nicht auskommt.

Die Festsetzung der Hundertfläche kann die oberste Landesbehörde für das ganze Land oder für bestimmte Gemeinden oder Gemeindebezirke selbst tätigen, sie kann dies auch den Gemeindebehörden übertragen.

Werden die Hundertfläche geändert, treten dieselben ohne besondere Erklärung des Mieters oder des Vermieters entsprechend dem in der Bekanntmachung festgesetzten Termin in Wirksamkeit. Neue Aufschläge finden sowohl auf laufende, als auch auf zurückliegende Verträge ohne weiteres Anwendung.

Untermieter können jederzeit die Berechnung der Miete nach dem Reichsmietengesetz verlangen. Ueber die Berechnung der Untermiete hat die oberste Landesbehörde nähere Bestimmungen zu treffen.

Entscheidungen des Mieteneingangsamts, die auf Grund des Reichsmietengesetzes getroffen werden, gelten als vereinbarte Bestimmungen des Mietvertrags.

Tritt an die Stelle des vereinbarten Mietzinses die geschätzte Miete, ist der Vermieter von dem Zeitpunkt an, nach den Vorschriften des BGB., zur Tragung der Betriebskosten und der Instandhaltung des Mietraums verpflichtet.

Vom Vermieter oder Mieter außerhalb des Mietvertrags übernommene Pflichten, sofern sie die Festsetzung der Höhe des Mietzinses beeinflussen, hören auf zu bestehen, wenn die geschätzte Miete vereinbart ist.

Alle übrigen auf Gesetz oder Vertrag beruhenden Rechte und Pflichten der Vertragsparteien bleiben bestehen.

Eine Straßbahnfahrt 5 Mark.

Am Mittwoch soll die letzte Stadtverordnetenversammlung vor den Ferien stattfinden. In dieser Sitzung will der Rat von den Stadtverordneten die Vollmacht an den Verwaltungsrat der Straßbahn erteilt haben, daß der Verwaltungsrat während der Stadtverordnetenferien die Fahrpreise der Straßbahn erhöhen kann. Der Rat begründet dieses Verlangen mit dem Hinweis auf die dem Personal am 11. Juni bewilligte Lohnzulage von 2 M. für die Stunde und mit neuen Lohnforderungen in Höhe von 6 M. für die Stunde. Durch die Zulage von 2 M. werde für das laufende Geschäftsjahr eine Mehrausgabe von 16 Millionen notwendig, die Zulage von 6 M. erfordere 45 Millionen Mehrausgabe. Der Rat nimmt an, daß die 6 M. Stundenzulage nicht voll bewilligt werden, immerhin müsse mit 11 Millionen Mehrausgabe gerechnet werden. Zur Deckung dieser Ausgaben sollen nach Abschluß der Lohnverhandlungen die Straßbahnfahrpreise erhöht werden. Der Rat schlägt vor, den Grundpreis für die einfache Fahrt nicht über 5 M. und die Zuschläge und Kabelfähre nach den von den Stadtverordneten früher genehmigten Prozentsätzen festzusetzen. Sollte bei diesen Sätzen ein Teil der Mehrkosten ungedeckt bleiben, so will der Rat den Fehlbetrag bei einer künftigen Fahrpreiserhöhung ausgleichen.

Zweifellos hat der Rat damit recht, daß eine verspätete Einführung neuer Fahrpreise, etwa erst nach den Ferien, Millionenausfälle zur Folge haben wird. Trotzdem werden die Stadtverordneten schwerste Bedenken tragen, dem Verwaltungsrat eine so weitgehende Vollmacht zu erteilen. Das Beste wäre in diesem Falle zweifellos gewesen, der Rat hätte den Stadtverordneten statt der Vorlage über die Vollmachten an den Verwaltungsrat eine solche über die Fahrpreiserhöhung unterbreitet. Das ist nicht geschehen, aber es kann nachgeholt werden, wenn auch die Stadtverordneten darum eine Woche später in die Ferien gehen könnten.

Der letzte Versuch.

Wir haben bereits einen Hilferuf des Zentralkomitees der Leipziger Arbeitgeberverbände zur Rettung der Leipziger Arbeiterschaft veröffentlicht. Inzwischen hat sich der Zentralkomitee auch nach an die Mitglieder des Lebensmittel-Großhandels mit einem Zirkular gewandt, in dem es heißt:

An die Mitglieder des Lebensmittel-Großhandels. Wie wir Ihnen bereits durch mehrere Rundschreiben dringlich mitgeteilt haben, stehen wir in den nächsten Tagen und Wochen vor der Entscheidung darüber, ob die Leipziger Arbeitgeber-Zeitung weitererscheinen kann oder nicht. Unser Appell an die Solidarität der Arbeiterschaft des Bezirks Leipzig hat bedauerlicherweise nicht mit Recht zu erwartenden Erfolg gehabt. Wir sind deshalb nochmals auf Ihre freundliche Unterstützung angewiesen, und zwar müssen wir unsere heutige Bitte angesichts der hohen Kosten, die uns jede Woche durch die Herausgabe der Zeitung entstehen, als einen letzten Versuch zur Erhaltung unsres Blattes bezeichnen. Nur unter der Voraussetzung, daß mindestens 80 Prozent der dem Zentralkomitee angeschlossenen Mitglieder uns wenigstens den Mindestbetrag von 480 bis 500 M. pränumerando bis Ende 1923 sofort zur Verfügung stellen, sind wir in der Lage, unser Blatt weiterzuführen zu können. Sonst würden wir bei den bestehenden harten Interesseneinwanderungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern eine bedeutungsvolle und wichtige Waffe entbehren müssen.

Es ist begründlich, daß die Unternehmer für ihr Organ kein Interesse mehr haben. Die bürgerlichen Tagesblätter sind die besten Anwälte der Unternehmer, was jetzt wieder in Leipzig beobachtet werden kann. So treten die L. N. M. mit einem Eifer für die Unternehmer des Gastwirtsberufes ein, der gar nicht mehr zu überbieten ist.

Vom Mut deutschnationaler Studenten.

Uns wird geschrieben: Auf Grund des Pressegesetzes § 11 fordern wir an gleicher Stelle unter 'Wüste Mäntel der deutschnationaler Studenten' Ihrer Nummer vom 6. Juli folgende Berichtigung: Es ist nicht wahr, daß jener Zwischenfall deutschnationaler Studenten auslösen sollte. Vielmehr muß festgestellt werden, daß von den vielen Angehörigen dieser vier Burschenschaften nur ein einziger Mitteilend bei uns ist. Ferner ist es unmöglich, daß deutsch-nationale Mitglieder werden, denn solche gibt es überhaupt nicht, allerhöchstens könnte es sich um nationale Mitglieder handeln.

Deutschnationaler Verband der Studierenden zu Leipzig.

Herbert Lauch, phil., 1. Vorsitzender.

Obwohl diese Berichtigung nicht den Anforderungen des Gesetzes entspricht, bringen wir sie zum Abdruck, um den Mut dieser Burschenschaften ins rechte Licht zu stellen. Jetzt auf einmal sollen es nicht deutschnationalen Studenten gewesen sein. Wer hat die Feststellung gemacht, daß von den vielen Studenten nur ein einziger Mitglied des Verbandes ist. Etwas der Borsitende? Vielleicht stellt man auch noch fest, daß dies ein Mitglied eigentlich gar nicht weiß, wie es in den Deutschnationalen Verband hineingekommen sei. Auf solche Feststellungen ist nicht das mindeste zu geben. Man weiß ja, daß die deutschnationalen, die deutschnationalen Burschenschaften in solchen Situationen stehen. Sehr hübsch auch, daß es jetzt auf einmal keine deutschnationalen, sondern höchstens nationale Mitglieder gibt. Das klingt beinahe so, als ob sich der Herr Borsitende schämt, ein Deutschnationaler zu sein. Nicht einmal zu den Liebden steht er, die in seinen Kreisen gesungen werden. Was werden dazu seine Mitglieder sagen?

Rein Generalstreik am Dienstag. Die Gerüchte, daß am Dienstag wieder ein Generalstreik stattfinden, wolle nicht verschwinden. Sie werden von gewisser Seite wider besseres Wissen verbreitet. Wir wiederholen daher nochmals: Am Dienstag ist kein Generalstreik. Wird demnächst eine Aktion notwendig, so beschließen darüber die jeweiligen Arbeitersorganisationen. Sie werden auch wieder einen gemeinsamen Aufruf erlassen.

Eine Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 12. Juli, abends 6 Uhr, statt. Das Kollegium wird sich wieder mit dem Hauskaplan beschäftigen, und außerdem wird es beraten über Aussetzung der Beschlußfassung wegen Übernahme des Bestattungswesens auf die Stadt, über Erhöhung der Löhne der Arbeiter bei der Großen Leipziger Straßbahn und Ermächtigung des Verwaltungsrats zur Erhöhung der Fahrpreise, über eine Eingabe wegen der Abend- und Sonntagszuschläge.

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 10. bis 17. Juli d. J. zum Preise von 1700 M. für ein Zwanzigmarkstück, 850 M. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 10. bis 17. Juli d. J. bis auf weiteres zum 40fachen Betrage des Nennwerts.

Aufbewahrung von Möbeln und Werksachen. Das städtische Volkshaus, Vorplatz 3/4, unterhält eine Verwahrungsstelle für geschlossene und offene Depots zur Aufbewahrung von Wertgegenständen aller Art, sowie einen trockenen, gut gelüfteten Lagerraum zur Einlagerung von Möbeln. Diese Einrichtungen sollen jedem die Möglichkeit geben, gegen mäßige Entschädigung sein Eigentum sicher zu verwahren und bei dem jetzt herrschenden Wohnungsmangel überflüssige Möbelstücke gut unterzubringen. Auf Wunsch kann das Volkshaus diese Werte auch jederzeit im Rahmen der Verhaufsordnung beliehen. Namentlich für die jetzt beginnende Reisezeit ist die Verwahrungsstelle geeignet, einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen.

Auf vulkanischer Erde.

Roman von Emmileiter.

11]

Nachdruck verboten.

Gähmend und dehnend erhob er sich und streckte die Arme weit nach der Seite aus. Dann ergriff er träge nach seinem Helm.

„Du, laß mich bloß diesen Bauernklimmel hier nicht noch mal finden, in der Sache versteh ich keinen Spaß. Später kannst du ja — ich wollte sagen, wenn du nicht mein Schak wärst, denn kannst du ja haben wen du willst, aber so — nee! Entweder ganz oder lieber gar nicht.“

„Nee, Heinz, so darfst du nit über mich denken.“ Gefränkt, weinerlich-nerods wandte sie sich dem Tische zu.

„Na, nimm das nur nicht gleich übel, Schak, den Burschen ist nicht zu trauen.“

„Nee, Heinz, das is eppes anders. Mit den Mathis sein ich so gegang, oder neist mich.“

„Kind, ich kann das Rauderwelsch nicht verstehen.“ sagte er etwas gereizt.

„Ja, den Mathis, den hatte sie sich ja angeschafft zum Heiraten, das war recht. Weil sie doch einen Knecht hier nötig hatte. Und der Mathis war stark und ist auch ehrlich und nicht verwöhnt von einer Mutter. Und war auch schön zum Ansehen. Aber das war, doch nicht so gewesen, als wie sie nun an ihm hing, und hatte keinen Sinn und keinen Gedanken für etwas anders. Und hatte den Ring von ihm gekriegt — ja — den Ring hatte sie und hielt ihn heilig. Und hatte sich ihm ganz gegeben und war ihm ganz zu Willen gewesen — ihre Augen wurden feucht, die Mundwinkel zogen sich herunter wie in schmerzlicher Bewegung — „na, so eppes vergißt mer nit, nee! Ich bleiben dir treu bis in alle Ewigkeit!“

„Na — na — ich sag auch nichts weiter —“ er klopfte ihr beiläufig auf die Wade, über die eine dicke Träne perlte. „Na, nu weine man nicht! Hast ja'n hübschen graues Kleid, das is die Sache. Na, abieu!“

„Abieu, Heinz!“ Sie sagte es weinerlich, während sie mechanisch nach dem Präsentiertort griff und das von ihm gebrauchte Geschitz zusammennahm.

Als er draußen war, zog er die weißen Lederhandschuhe über, stemmte den rechten Arm in die Seite und drückte mit der linken Hand den Säbelknopf nieder. Einen Augenblick überlegte er, nach welcher Richtung er sich wenden sollte.

„Die Weiber! Je älter sie werden, desto doller werden sie auch!“ dachte er bel sich, während er den aufgestrichenen Schnurrbart noch höher den Augen zurück.

Langanam schlenderte er seiner Wohnung zu, die er seit gestern abend nicht mehr betreten hatte. „Jetzt muß man doch bald anfangen, solide zu werden. Die Wirrin, das dumme Luder, könnte schließlich noch mal Verdacht schöpfen.“

Die Wirrin stand vor der Tür und schaute bald nach rechts, bald nach links, als wartete sie auf jemand. Als sie die Gendarmen kommen sah, lächelte sich ihr dralles Gesicht merklich auf.

„Nee, Herr Schandarm! Ich han als gerauft, et hält können eppes an Sie komm. Nee, mer hat so tee Ruh, wenn mer Sie do hausen wäz be ganze Nacht. Han Sie do eweil de Spilbuben gefant?“

„Hm — noch nicht gerad — aber so gut wie sicher. Nur reinen Mund gehalten, verstanden? Wenn es herauskommt, daß ich den Kerlen auf der Spur bin, denn muß sie gleich gewarnt und machen sich dünne. Und rauskommen kann es bloß durch Sie. Und da kämen Sie in des Deubels Küche!“

„Ja — ja, gewiß! Nein, sie sagte nichts!“ flüsterte sie wütig. Da war der Briefträger schon dagewesen und hatte einen Brief für ihn gebracht, aber sie hatte gesagt, er solle noch wie eine Rabe.

„Brief? Wo ist der? Geben Sie her.“

Draußen in der Stube lag er.

„Kann war er hinter seiner Stubentür verschwunden, da ist er ab. war haltig Waffen und Kleider von sich und ließ sich hinsetzen auf das noch unbenutzte Bett fallen. Nachdem er sich dieses

bequem zur Ruhe-vorbereitet hatte, nahm er den Brief und rief ihn auf.

Mit ungelentem Schriftzügen war die Adresse geschrieben, in verschärften Buchstaben schwangvoll beginnend, um allmählich immer kleiner und dürftiger zu werden. Der Handschrift entsprechend war auch der Stil des Briefes, der ebenfalls mit schwunghaftem Anlauf begann:

Oder, den 3. September 1885.

Leurer geliebtester Heinz.

Indem ich hoffe Dich bei guter Gesundheit zu wissen und Du auch wissen wirst, daß alleweil unser Kirmis vor der Thür is und ich Dich einladen bei mich zu komm, denn unser Kirmisladen is alleweil gebad, und haben ein Fraß Neuen angestoch.

Teurer Heinz! Denn ich muß alleweil mit Dir schwäz weien unse Hochzeit, denn ich hat nun sehr preiser. Teurer Heinz! Indem Du auch wissen wirst und nicht daran vergessen hast all die Zeit, wo Du bei mich in Logis bist gewes. Und auch die Kinder wo Dich lassen trüz alle sojamm, dat Bäbche und Jafos und Josef und Kathche und Michel und Peter. Und da ich als immer gebad hab ich krieget sel Kinder mehr und muß Dir zwei sagen, dat ich in vierten Monat sein und is die höchste Zeit. Ich hab ja en schön Vermögen, 3 Fuder Wein jedes Jahr für zu verkaufen und 75 tauzend Mark in Hippelcol von mein Mann seelia in Cochem.

Es grüß Dich Deine ewig getreue Barbara, vermitwete Stättbach.

„Sammelkreuzmilionendombenelement!“ Damit flog der Brief zusammengedrückt in eine Ecke. Doch dich —! Donnerstag und Freitag! Diese Weiber! Schodschwerenot! Die alte Deubelshege! Je älter sie sind, je doller werden sie! Hänt man haran auch denken können! Das alte Satansweib und ihre sechs Rangen — nun auch gar sieben! Der Deubel soll sie holen! Aber drei Fuder gute Sonnenfette! Donnerwetter! der Sache sollte man doch näherstren.

(Fortsetzung folgt.)

Nachkundliches Bekantmachen: Am Dienstag, dem 11. Juli, abends 8 Uhr, findet im Vortragssaal des Heimathaus, Bäckersstr. 22, Verkündigung des Naturvereins für den Kreis der Naturfreunde statt. Herr Lehrer Spindler führt über die Pflanzenwelt, Gäste willkommen. Eintritt frei.

Bollzeinachrichten.

Warnung an Ledereinhaber! Nehnahme eines Ledendiebes! In den letzten Tagen sind in Leipzig wiederholt Leute aufgetreten, die sich in Geldbörsen, besonders in Seiden- und Pelzbörsen, Waren haben vorlegen lassen und bei dieser Gelegenheit ganze Stücke Seide und wertvolle Pelzfädeln stahlen. In einer Raubwaren-Zurichterei im Brühl waren es ein Mann und eine Frauensperson. Während sich der Mann Adressen von Pelzhandlungen aufschreiben ließ, benutzte die Frauensperson die Gelegenheit, aus einem Bündel zwei abgelagerte Fische herauszuheben und verschwinden zu lassen. Der Diebstahl wurde leider zu spät bemerkt. In einer Seidenhandlung in der Reichsstr. waren die Täter drei unbekannt Männer jüdischen Aussehens, im Alter von 22 bis 26 Jahren, ohne Zweifel Ausländer. In diesem Falle hatte aber der Geschäftsinhaber, den diese Kunden bereits das dritte Mal mit ihrem „Besuche“ beehrt, aber nie etwas gekauft hatten, gesehen, daß einer der Männer einen Coupon Seide im Werte von 14200 Mk. unter seinem mit besonderer Taschen eingerichteten Jackett verborgen hielt. Er machte sofort Alarm, worauf die Spinneben schlunzig die Straße ergriffen. Es gelang dem Geschäftsmann aber doch, den als Dieb entlarvten Mann am Uebersteher zu erwischen, mit Hilfe von Postanten festzuhalten und der Polizei zu übergeben. Einer von den anderen beiden Männern hatte auch schon einen Coupon schwarze Seide im Werte von 14200 Mk. unter dem Jackett verborgen lassen. Ihn aber bei der Flucht noch im Laden von sich geworfen. Somit noch Geschädigte wollen baldigt Anzeige bei der Kriminalpolizei erstatten, wo ein Bild des in Haft befindlichen Ledendiebes ausliegt.

Von seinem eigenen Gehir überfahren! In der Knautahner Straße kürste am 7. d. M. abends gegen 1/8 Uhr, ein auf dem Boche seines Wagens eingestiegenen gewelner Kutscher so unglücklich auf die Straße, daß ein Vorderrad seines Wagens ihm über eine Schulter und den Kopf gina. Ein hinzugerufener Arzt stellte einen schweren Schädelbruch und Sautablitzungen am ganzen Körper fest. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhause St. Jac. Der Unfall soll dadurch entstanden sein, daß ein anderer Kutscher den Schlafenden mit seiner Peitsche so wecken versucht hat, wodurch dieser erstarrt und dadurch vom Boche herabstürzte.

Nehnahme eines Zechprellers. Ein ehemaliger Bäcker im Alter von 33 Jahren, der sich seit 30. d. M. in Leipzig aufgehalten, ist wegen mehrerer Zechprellereien in Leipzig gefangenommen worden. Ohne Zweifel hat er während seines hiesigen Aufenthaltes noch eine größere Anzahl Gastwirte geschädigt, die aber eine Anzeige bis jetzt unterlassen haben. Sie wollen dies baldigt noch nachholen. Ein Bild des Zechprellers liegt bei der Kriminalabteilung aus.

Landesversammlung der SPD. Sachsens.

Die Sozialdemokratische Partei hielt am Sonnabend und Sonntag im Volkshaus in Chemnitz ihren diesjährigen Landesparteitag ab.

Nach Eröffnung der Konferenz durch Eggert-Dresden gab Meherl. Chemnitz in seiner Begrüßungsrede einen historischen Rückblick auf die Entwicklung der sozialistischen Bewegung im Chemnitzer Bezirk.

Zu Vorkühenden wurden Eggert-Dresden und Müller-Chemnitz gewählt.

Hierauf erstattete Eggert-Dresden den

Bericht des Landes-Arbeitsausschusses.

Er wies auf die von vorigen Landesparteitag angenommene Resolution zur politischen Lage hin, die sich für die deutsche Einheitsrepublik und für die Erhaltung und Förderung der proletarischen Einheitsfront auf sozialistisch-demokratischer Grundlage ausgesprochen hat. Diese Resolution ist immer die Grundlage gewesen für die Handlungen der Parteinstanzen und der Landtagsfraktion.

Die Parteiorganisation hat im vergangenen Jahre eine erfreuliche Entwicklung genommen. Die Mitgliederzahl ist von 100 240 auf 108 841 gestiegen. Die Ortsgruppen haben sich von 682 auf 767 vermehrt. Das ist in der Hauptsache ein Erfolg der Untersekretariate. Der Kassenbericht weist einen Umsatz von 2 705 070 Mk. nach. Die Mitgliedsbeiträge, die bis Schluß des Jahres 1921 für männliche Mitglieder 50 Pf., für weibliche 25 bis 30 Pf., betragen, sind auf 2 Mk. für männlich und 1 Mk. (bzw. 50 Pf.) für weibliche Mitglieder erhöht worden. Eine weitere Erhöhung wird unvermeidlich sein, nicht nur mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung, sondern auch im Hinblick auf die kommenden Aufgaben, die im nächsten Jahre ganz außerordentliches Mittel erfordern. Die Zeitungsunternehmungen der Partei in Sachsen haben sich trotz der Not, in der sich die Presse befindet, auf ihrer Höhe gehalten. Der von vielen befürchtete Rückgang an Abonnenten ist nicht eingetreten.

Ein großer Teil der Arbeit im vergangenen Jahre galt den Gemeinderatswahlen. Es haben in 1271 Orten Gemeinderatswahlen stattgefunden, die eine Ausgabe von 426 970 Mk. erforderten. Gegenwärtig hat die Partei insgesamt 3910 Vertreter in den Gemeinden. Das ist gegen das Vorjahr ein Rückgang, der nur zu einem kleinen Teil durch die Einverleibungen und die Zusammenlegung von Gemeinden erklärt werden kann. Von vielen Parteigenossen wird der Rückgang auf die Listenverbindung mit den anderen Arbeiterparteien zurückgeführt. Solange wir noch keine einheitliche Partei haben, müssen wir daraus die Lehren ziehen.

Auch die Jugendbewegung unserer Partei hat reitende Fortschritte gemacht. In Dresden ist ein Jugendsekretariat für Sachsen errichtet worden. Ein weiteres Sekretariat besteht in Chemnitz. Im Zwiskauer Bezirk ist ein Kulturbeitrag von 1 Mk. pro Mitglied erhoben. Dadurch sind 12 296 Mk. für die Kulturbestrebungen der Partei aufgebracht worden.

Der vorjährige Beschluß, mit den anderen Arbeiterparteien in den Gemeinden gemeinsam zu arbeiten, ist befolgt worden und hat zu guten Ergebnissen geführt. Bedauerlich ist, daß für einen gemeinsamen Aufruf zu den Gemeinderatswahlen von der USP. kein Entgegenkommen gezeigt worden ist. Es muß aber konstatiert werden, daß das Verhalten der beiden sozialistischen Parteien im Gemeinderatswahlkampf sehr vorteilhaft gegen früher abgestanden hat.

Die Vorgänge der letzten Wochen, der Nord an Rathenau und der Norddeutscher an Scheidemann, haben die Erregung der Arbeiter aufs höchste gesteigert. Die letzten machtvollen Demonstrationen haben gezeigt, daß es die Arbeiterkraft fast hat, sich provozieren zu lassen. Wir erwarten aber auch, daß unsere Parteinstanzen alles aufbieten werden, in diesen Tagen und Wochen die Interessen des Proletariats zu vertreten. Es kann kein Zurück geben. Der Kampf muß ausgefochten werden bis aufs Letzte. Der Landes-Arbeitsausschuss und die vier Bezirksvorstände empfehlen die Annahme folgender

Entscheidung.

„Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens hält das Geheh zum Schutze der Republik für eine unbedingte Notwendigkeit zur Unterdrückung der den Bestand und den wirtschaftlichen Aufbau des Reiches gefährdenden nationalistischen Antriebe.“

Sie erwartet von der Parteileitung und der Reichstagsfraktion, daß sie alles aufbieten, die von den sozialistischen Parteien und arbeiterständischen Organisationen zu diesem Geheh gezellten Forderungen reiflos durchzuführen.

Stelte trotz allen Bemühungen bei dem Widerstand der bürgerlichen Parteien das Geheh zum Schutze der Republik nicht zustande kommen, erwartet die Landesversammlung, daß die Parteileitung die Auflösung des Reichstages fordert.“

Wir sind uns der schwierigen Folgen wohl bewußt, die eine Untaugung des Reichstages bringt, aber wir müssen eine einseitige Scheidung verlangen. Es kann so nicht weiter gehen. Es muß eine Regierung geschaffen werden, die die Angriffe auf die Republik energisch niederschlägt. Wir begrüßen deshalb den Beschluß der Reichstagsfraktion der USP., in der Regierung mitzuwirken. Wir haben die Ueberzeugung, eine Verdrößerung der Reichsregierung durch Eintritt der USP. wird nur im Interesse des deutschen Volkes liegen. Wenn verweigert wird, rechtzeitigende Parteien mit hinzuzuziehen, dann erwarten wir von unserer Parteileitung und der Fraktion, daß sie dem Widerstand entgegengehen. Der Beschluß bedeutet einen großen Schritt weiter auf dem Wege zur Einigung. Das Zusammenarbeiten in Sachen beweist, daß ein Weg zum gemeinsamen Arbeiten möglich ist. Das muß auch im Reich der Fall sein.

Der Redner schloß mit dem Vorschlag, in der Zeit vom 22. bis zum 29. Juli in Sachsen eine allgemeine Werbeweise für die Parteiorganisation und die Presse zu veranstalten.

Müller-Chemnitz gibt sodann den

Bericht der Landtagsfraktion.

Wer glaubt, daß die sächsische sozialistische Mehrheit und die Regierung reihungslos sozialistische Politik treiben kann, muß enttäuscht werden. Wir sind eingeschränkt einmal durch das Reich, dann aber auch, weil wir in einer Zeit leben, die uns nicht gestattet, aus dem vollen zu schöpfen, sondern die größte Sparzierzeit auferlegt. Die Abhängigkeit vom Reich zeigt sich bei den Besoldungsfragen, die alle Körperschaften fortgesetzt beschäffigen, ohne bisher eine befriedigende Lösung gefunden zu haben. Unsere Aufbauarbeit findet im Staatsbankgeheh, im Staatswirtschaftsgeheh und in dem Geheh über den Staatsgerichtshof, die neue Wege weisen, ihren Ausdruck. Die Staatsbetriebe entwickeln sich in erfreulicher Weise, trotz aller Anfeindungen der Gegner. In der Wohnungsfrage haben wir versucht, vorwärts zu kommen. Die dauernde Entwertung des Geldes bedingt, daß die Mittel schneller flüssig gemacht werden müssen. In der Frage der Erwerbslosenfürsorge haben wir alles getan, um helfend und bessernd einzugreifen. Eine wichtige Frage ist der Schutz der Arbeiterkraft. Die Bürgerlichen laufen Sturm gegen die Ueberwindenordnung. Aber auch ein Arbeitervertreter, der Arbeitersekretär Bogt von der Deutschen Volkspartei, unterstützt das Bestreben, die Arbeitszeit zu verlängern. Auf dem Gebiete des Schulwesens ist manches erreicht; besonders durch das Schulbedarfsgeheh, aber sehr viel bleibt noch zu tun übrig. Wir müssen mehr als bisher an die Hochschulen herangehen. In ihnen werden die Leute gelehrt, die später auf das Volk losgelassen werden. Aber auch in der Volksschule gibt es noch aufzuräumen. Vor allem sind die Lehrmittel, die Les- und Gebetsbücher, auf die neue Zeit umzustellen. Wirtschaftlich von Bedeutung werden die noch nicht erledigten Geheh über die Landwirtschaftskammer und die Arbeitnehmerkammern sein. Der letztere Entwurf ist noch gar nicht eingebracht. Die Fraktion ist aber der Meinung, daß das Landwirtschaftskammergeheh nicht früher erledigt wird, bis auch das Arbeitnehmerkammergeheh beraten ist. Zwei Geheh, die uns bei den Wahlen von den Mittelständlern vorgehalten werden, die aber notwendig waren, sind die Geheh über die Grund- und Gewerbesteuer. Ein besonderes Kapitel ist die Justiz, auf die wir in Sachsen nur einen beschränkten Einfluß haben. Durch die Personalpolitik und das Altersgrenzengeseh für Richter ist die erste Möglichkeit der schärferen Kontrolle geschaffen. Das wichtigste Geheh ist die Gemeindeverfassung, mit deren Entwicklung ich nicht zufrieden bin. Bereits im vorigen Jahre haben die beiden sozialistischen Parteien einen Entwurf beraten und eine Grundlage geschaffen. Die jegliche Vorlage ist nicht so, daß man ihr in heller Begeisterung zustimmen könnte, und erfordert viele Verbesserungen. Wir werden alle Kraft daransetzen, das Geheh zu verabschieden.

Die Bürgerlichen haben nicht nur durch ihre Angriffe auf die Regierung, sondern auch durch eine Reihe von Anträgen die Arbeiten des Landtages gehemmt. Aber auch die Kommunisten, die ja in der letzten Zeit etwas besser haben gehen gelernt, haben uns das Arbeiten außerordentlich erschwert. Unsere eigenen Anträge brennen teils der Abwehr, teils dem Bestreben, die Entwicklung vorwärts zu treiben. Ein besonderer Vorkuh der Bürgerlichen galt der Landespolizei. Auch wir sind mit dieser Polizei, wenn auch aus anderen Gründen, noch nicht zufrieden. Sie muß ein zuverlässiges Instrument zum Schutze der Republik werden. Deshalb müssen zuverlässige Genossen hinein. Wir müssen aber auch dafür sorgen, daß die Leute anfänglich bezahlt werden.

Dem Volksentscheid können wir hoffnungsvoll entgegengehen. Die 800 000 Unterschriften der Bürgerlichen zum Volksbegehren haben keine große Bedeutung, wenn man den dabei verabschwundenen Kraftaufwand berücksichtigt. Die Bürgerlichen Parteien sind auch durchaus nicht begeistert. Der Mut der Bürgerlichen ist weit unter den Nullpunkt gesunken. Sie lauern darauf, daß die Arbeiter eine Dummeheit machen sollen. Ich hoffe, daß wir ihnen keinen Anlaß geben, sich zu freuen, und daß auch die Kommunisten keine Fehler mehr machen. Wir haben jetzt in Sachsen die Einheitsfront. Das gemeinsame Arbeiten zwischen den beiden sozialistischen Parteien ist gut. Das wird ein guter Ausblick sein für die Wahlen mit dem Erfolg, daß die Reaktion endgültig an die Wand gedrückt wird.

Diskussion.

begründet Bösch-Chemnitz zunächst folgenden

Antrag des Bezirks Chemnitz:

„Mit der Bildung der sächsischen sozialistischen Regierung wurde im Staatsleben der deutschen demokratischen Republik eine neue Epoche eingeleitet.“

Das wertvolle Volk übernahm die politische Macht. Fast zwei Jahre lang trotz der sozialistische Regierung offen stürmen der vereinigten Reaktion und den Unterminierungsversuchen linksradikaler Heißsporne. In jähher Arbeit haben die sozialistische Landtagsfraktionen und die proletarischen Minister bedeutungsvolle Geheh geschaffen oder in Angriff genommen, durch die der Reaktion in Verwaltung, Staat und Gemeinde das Rückgrat gebrochen und in Sachsen die Herrschaft des arbeitenden Volkes gesichert wird.

Nach aber ist dieser Prozeß nicht abgeschlossen, und so manches Geheh harzt noch seiner Erledigung. Die so hoffnungsvoll begonnene Demokratisierung der Justiz und der Staatsverwaltung, die Reform der Landespolizei im republikanischen Sinne und vor allem die von der Reaktion gefürchtete Gemeindereform müssen bis zur letzten Konsequenz des demokratischen Gedankens durchgeführt werden. Der Parteitag stellt die für einen demokratischen Staat selbstverständlichen Forderungen als bindende Richtlinien für die sozialdemokratischen Minister in der Regierung auf und ersucht die Landtagsfraktion um strengste Kontrolle in der Durchführung derselben.

Der Parteitag bekennet sich angesichts der Tatsache, daß die Regierung Sachsens der stärkste Pfeiler unserer Macht in Mitteleuropa ist, und daß mit seiner Beteiligung der ganze mitteldeutsche Block der sozialistischen Regierungen zusammenbricht, aufs neue zu der Not- und Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialdemokratischen Parteien. Er verurteilt jeden Versuch, diese Arbeitsgemeinschaft zu erschweren, von welcher Seite er auch kommen möge.

Der Parteitag lehnt damit logischerweise jeden Gedanken an eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen ab und verpflichtet die Genossen zum schärfsten Kampf für die Erhaltung und den Ausbau der jetzigen Regierung. Schwerste Verantwortung trifft diejenige proletarische Partei, die durch unerfüllbare Sonderwünsche die Existenz der vom wertvollen Volk SachSENS erwählten Regierung gefährdet.“

Eggert hat empföhlen, aus dem 5. Absatz die Worte: „lehnt damit logischerweise jeden Gedanken an eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter allen Umständen ab und“ zu streichen. Ich bitte, dem nicht zu folgen. Unser Antrag ist eine Selbstverweigerung.

händlichkeit in der gegenwärtigen Situation. Wenn er nicht schon vor 14 Tagen gestellt wäre, hätte er heute gestellt werden müssen. Wir verlangen, daß Hupp und Klar erklärt wird: In Sachen gibt es keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben in Raffel einen ähnlichen Beschluß gefaßt. Hat die Volkspartei dann geglaubt, diesen Beschluß in Wirklichkeit zu müssen, um Bewegungsfreiheit zu bekommen. Die Ereignisse haben gezeigt, daß eine derartige Bewegungsfreiheit leicht benutzt werden kann zu einer Politik, mit der man nicht einverstanden sein kann. In Preußen ist die große Koalition ein verheißenes Experiment. Ueberall merkt man die starken Hemmungen der Reaktion, und das Schlimme ist, wir werden dafür mit verantwortlich gemacht. Starke bürgerliche Kräfte sind am Werke, die proletarische Einheitsfront zu zerbrechen. In diesem Augenblick in Sachsen nicht zu sagen, daß wir die Koalition mit der Deutschen Volkspartei ablehnen, wäre ein Verbrechen an den vitalsten Interessen des Volkes. (Lebhafte Beifall.)

Castan begründet einen längeren Antrag, der sich gegen die Politik des Reiches wendet, die Schulpolitik technisch und organisatorisch genau so auszuführen wie die Reichswehr. Er verlangt, daß die Postbeamtenschaften als Beamte sichergestellt werden.

Bethle-Freiberger spricht zu dem Chemnitzer Antrag Meinungsabgrenzungen bestehen eigentlich nicht. Wir haben im Landtage alles getan, die Linkskolonnen zu halten. Wir haben die vom Bürgertum verlangte Umformung der Regierung abgelehnt. Das ist ein Beweis dafür, daß wir gar nicht daran denken, eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei einzugehen. Wir sind aber der Meinung, daß wir uns nicht in der schärfsten Form auszudrücken brauchen, und schlagen folgende Fassung vor: „Der Parteitag lehnt damit eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei entschieden ab. Die Landesversammlung hält den im Vorjahre in Leipzig in der Frage der Regierungskoalition gefaßten Beschluß in vollem Umfange aufrecht.“

Stücklen wendet sich gegen den Antrag Castans. Haben wir denn die Gewißheit, daß die republikanische Gesinnung der Beamten anhält? Die Parteigenossen verlangen von uns, wir sollen das Beamtenheer vermindern. Da können wir nicht 180 000 neue Beamte anstellen. Wir sind überall für die Interessen der Beamtenschaft eingetreten, aber alle Wünsche der Beamten restlos zu erfüllen, ist nicht angängig.

Ministerpräsident Bud weist auf die Schwierigkeiten hin, die durch die Abhängigkeit der Entente entstanden sind. Die Arbeit in der Regierung ist nicht leicht. Wir haben eine Mehrheit von 50,8 Proz., die aber durchaus nicht zuverlässig ist. Auch die Leipziger Volkszeitung hat bei Besprechung der Stellung der USP. Fraktion des Reichstages zum Vertrauensvotum für das Kabinett Wirth zugegeben, daß eine schwache Majorität im Parlament keine Grundlage für eine Regierung ist. Wir haben deswegen nur laborieren können, um so mehr, da die Zustände ausgenutzt wurden, um den sozialistischen Parteien Schwierigkeiten zu machen. Es ist unrecht, wenn unsre Genossen unter diesen Umständen immer von uns mehr Initiative verlangen.

Zum Chemnitzer Antrag möchte ich bitten, den Vorschlag Eggerts anzunehmen und den Satz im Absatz 5 zu streichen. Wir haben uns nicht in Widerspruch zu setzen mit dem Görlicher Parteitag. Es wäre jetzt ein Umling, in eine Regierung mit monarchistischen Parteien einzutreten. Wenn wir aber zu Neuwahlen kommen — ich wünsche ohne Volksentscheid — und wir bekämen 48 zu 48 Stimmen, dann müßten wir den Versuch machen, in der Regierung zu bleiben und unsere Einfluß zu steigern. (Einzelne Zustimmung und Widerspruch.) Wenn wir in einem solchen Falle die Verantwortung allein tragen sollten, wäre das außerordentlich schwer in der jetzigen Zeit, weil die Menschen nicht genug gekühlt und ausgeklärt sind. Alles Elend würde uns in die Schuhe geschoben werden.

Ich bin auch der Meinung, wir dürfen es nicht erst zum Volksentscheid kommen lassen, sondern müssen den Landtag aufrufen. Im Wahlkampf müssen wir unser Parteiprogramm in den Vordergrund stellen, wir dürfen nicht nach links oder rechts schwanken. Hierauf wird die Verhandlung vertagt.

In der Sonntagsitzung wird die Aussprache über die Berichte fortgesetzt.

Biehler-Dresden fordert ein schnelles Tempo in der Demokratisierung der Verwaltung.

Hesene Wagner-Chemnitz wünscht mehr Auffklärungsarbeit unter den Frauen und wendet sich gegen die Ausführungen Buds zur Koalitionsfrage. Es würde wohl niemandem Verdragen machen, mit der Deutschen Volkspartei zusammenzuarbeiten. Wir müssen so arbeiten, daß es auf keinen Fall dazu kommt, daß die große Koalition gar nicht zu denken ist.

Wirtschaftsminister Feiler begründet die Forderung der sächsischen Regierung nach dem Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Geiser. Die grüne Polizei ist das einzige sichere Instrument zum Schutz der Republik. Deshalb müssen wir sie ausbauen und die Mannschaften sicherstellen. Das kann auch auf andere Wege geschehen als dadurch, daß man sie zu Beamten macht. Wenn man aber einmal vom Prinzip absieht, dürfen auch die Offiziere unter keinen Umständen lebenslanglich angestellt werden. Ein unzuverlässiger Offizier ist gefährlicher als 50 Mannschaften. Nur zur Koalitionsfrage. Ich bin nicht für die von Bud empföhlenen Streichung des Satzes in dem Chemnitzer Antrag, weil das unter Umständen von der Arbeiterkass in den Lande so ausgelegt werden könnte, als hätten wir Jurdi vor einem Beschluß, der ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei unmöglich macht gegen die von Bethle und den Landesinstanzen vorgeschlagenen Resolution habe ich keine grundsätzliche Bedenken, weil es auf die Formulierungen nicht mehr anzuwenden ankommt. Die Tatsachen sprechen heute dafür, daß die Arbeiterkass unter keinen Umständen eine Koalition zwischen uns und der Stinnespartei dulden wird. (Lebhafte Zustimmung.)

Bei dem Suchen nach dem intellektuellen Urheber des Norddeutschen Reiches wird immer nur auf die Deutschnationalen geschimpft. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, die Stinnesrede durchzuführen. Dort ist genau so gesprochen worden, wie bei den Deutschnationalen. Es sind gleiche Brüder mit gleichen Kapfen, aber mit verschiedenen Namen und verschiedenem Gesicht. Deshalb ist der Justiz der sächsischen sozialistischen Arbeiterkass ganz richtig, wenn sie keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei duldet. Wenn Bud der Entente die Schuld für die Leiden des deutschen Volkes beigemessen hat, so trifft das wohl zu. Aber ebenso sehr wie die Entente hat sich die Rechtslinken am Volk vergründigt. Deshalb gibt es mit ihnen kein Paktieren, sonst bringen wir uns um das Vertrauen der Arbeiterkass. (Lebh. Beifall und Handklatzen.)

Steiner-Chemnitz: Der Feind steht rechts. Mit den Arbeiterpartei kann es keine Koalition geben. Wie kann man noch hinausgehen ins Land, wenn dieser Passus gestrichen wird. Die Arbeiter werden uns dann sagen, ihr seid für die Koalition. Ich verlange, daß die Stimmung der Massen zum Ausdruck kommt. (Sehr richtig! So ist es.) Bud hat auf das schwere Arbeiten in der Regierung hingewiesen. Auch wir haben schweres Arbeiten. Machen Sie es uns nicht noch schwerer. Es ist so viel von Richtungen in der Partei gesprochen worden. Ich kenne keine Richtungen, aber ich verlange, daß wir Sozialisten bleiben. Bud schloß damit, nicht nach links und nicht nach rechts. Ganz meine Meinung. Wir schließen nicht nach links. Aber bitte, schließt ihr nicht nach rechts. (Beifall.)

Kuebach-Chemnitz: Wenn wir gesehen haben, was der Görlicher Parteitag für einen Sturm der Entrüstung heraufbeschworen hat in den Betrieben, können Sie verstehen, daß wir nicht trauisch geworden sind. Wenn wir klare Bahn verlangen, ist das unser altes Recht. Der Indifferentismus kann nur beseitigt werden durch eine klare Politik.

Bösch-Chemnitz wendet sich noch einmal gegen Bud, der die veränderte Fassung der Chemnitzer Resolution als Abhängigkeit hingestellt habe. Gerade deshalb müssen wir die ab

früherliche Haltung beibehalten. Auch hofft von der Deutschen Volkspartei Besserung. Diese bise Vertrauenslosigkeit führt uns in den nächsten 6 Wochen zu dem nächsten Attentat. Auf dem Nürnberger Parteitag der Deutschen Volkspartei hat Stresemann gezeigt, wie er sich die Koalition denkt, nämlich unter Führung seiner Partei unter Zurückstellung der sozialistischen Ideen. Die USV. hat einen großen Schritt vorwärts getan auf dem Wege zur Einigung. Die L. V. hat sogar eine organisatorische Vereinigung in Aussicht gestellt. Welch große Entwicklung ist das, und wie schlagen alles wieder ein. (Kufe: Nein, das wollen wir alle.) Wenn Sie das wollen, kann es keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei geben. (Stimmlicher Beifall.) Ich empfehle Ihnen folgenden

Antrag Böhnel-Engelmann.

Der Landesparteitag begrüßt die Entschließung der Leipziger USV.-Funktione, da nach einer im Kampfe um die jetzigen Forderungen errungenen Gemeinschaft der Auffassung der beiden sächsischen Parteien SPD. und USV. auch einer organisatorischen Wiedervereinigung nichts mehr im Wege steht. Der Landesparteitag würdigt diesen Schritt der Leipziger USV.-Funktione als eine wichtige Teilmeinung der sächsischen Schwesterpartei und wünscht schließlich, daß sie bald die Meinung der ganzen USV. Deutschlands wird. Die Landesinstanzen der sächsischen SPD. werden alles aufbieten, in unserm Lande diese Entwicklung mit allen Kräften zu fördern. (Beifall und Hindertafeln.)

Krause-Weipig. Wir wollen keine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eingehen. Wir wünschen eine baldige Vereinigung mit der USV., mit der wir durch die Verhältnisse fest verknüpft sind. Aber die Partei darf sich nicht festlegen. Auch die USV. hat nach dem Wording an Rathenau ihren Beschluß, sich nicht an einer Koalition mit Bürgerlichen zu beteiligen, ändern müssen. Unsere Politik hat sich als richtig erwiesen. Wir sind nicht zur Diktatur gekommen, sondern zur Demokratie.

Krause-Dresden. Es ist bewiesen, daß die Politik, die wir in Sachsen betrieben haben, die richtige ist. Die Genossen, die für die reinsozialistische Regierung eingetreten sind, haben recht behalten. Soweit die Fraktion in Betracht kommt, ist es nicht richtig, daß wir nur laboriert haben. Wir haben eine gerade Linie trotz aller Beschränkungen eingehalten, und es ist völlig ausgeschlossen, daß wir den Gedanken einer Regierungsumbildung auch nur in Erwägung ziehen. Wenn wir gesetzgeberisch nicht alles erreichen können, so trifft die Schuld die SPD., die ihre Befehle aus Berlin bekommen hat. Wir sind gewillt, unsere klare Linie bis zu Ende durchzuführen. (Beifall.) Der Redner bespricht dann noch das Schulbedarfsgesetz, das einen erheblichen Fortschritt bedeutet.

Justizminister Zeigner. Ich halte die Auffassung Wunds für überaus bedenklich, weil sie den Eindruck erweckt, als ob die klare Linie vermisselt werden soll. Es ist unbedingt erforderlich, daß wir den Trennungspunkt zwischen uns und der Deutschen Volkspartei ziehen. Wir dürfen nichts tun, was unsere Einigungsverhandlungen mit der USV. fört. Deshalb müssen wir die Auffassung Wunds ablehnen.

Hierauf wird **Schlusß der Debatte** angenommen. In einer Erklärung bemerkt Böhnel, daß die Chemnitzer, um eine einstimmige Entschließung zu erlangen, sich mit der Fassung Weils und der Landesinstanzen einverstanden erklärten, nachdem der Landesausschuß versichert habe, daß an der Tendenz nichts geändert worden solle.

In seinem Schlußwort stellt **Egger** fest, daß die große Koalition auch von den Landesinstanzen einstimmig abgelehnt wird, und die vorgenommene Aenderung der Chemnitzer Resolution keine grundsätzliche Aenderung der Auffassung zur Geltung bringen solle.

Der Chemnitzer Antrag mit der von den Instanzen vorgeschlagenen Aenderung, der **Abt. 5** und der **Antrag Böhnel-Engelmann** wurden einstimmig angenommen.

Ebenso die Resolution des Landes-Arbeitsausschusses über die eventuelle Auflösung des Reichstages und die folgende

Entschließung:

Das sächsische Bürgertum kämpft in geschlossener Front gegen das Proletariat, um die sozialistische Regierung zu stützen und die soziale Gesetzgebung zu unterstützen. Dieser Kampf zum Sturze der Regierung wird mit aller Schärfe und mit allen materiellen Mitteln geführt.

Die Sozialdemokratie hat diesen Kampf aufgenommen. Sie ist willens, die sozialistische Regierung nicht nur zu erhalten, sondern ihren Macht einfluß noch zu erweitern. Dazu bedarf es der vollen Hingabe und der materiellen Unterstützung aller Proletarier und Parteigenossen.

In den bewährten Opferform appellierend, fordert die Landesversammlung in Chemnitz die Arbeiter, Angestellten, Beamten, Lehrer und Parteigenossen auf, für den kommenden Kampf den Verdienst einer Arbeitsstunde an die Sozialdemokratische Partei abzuführen.

Sodann referiert **Marie Juchacz**, Berlin über **Arbeiter-Wohlfahrtspflege**.

Sie weist darauf hin, daß die Wohlfahrtspflegebestrebungen in der Partei nicht neu sind. Neu ist nur die besondere Organisation, die durch den Krieg und unter der Demokratie notwendig geworden ist. Wir dürfen in der Wohlfahrtspflege nicht die bürgerliche Bettesuppenpolitik nachahmen, sondern die Arbeit auf diesem Gebiet mit den sozialistischen Anschauungen durchdrängen, neue Ideen, fußend auf der wissenschaftlichen Erkenntnis vom sozialen Leben hineinbringen. In diesem Sinne arbeiten bereits die Hunderte von Ausschüssen der Partei. In den Arbeiterwohlfahrtsausschüssen müssen wir alle Kräfte organisatorisch zusammenlassen, um zu öfterem Gedanken- und zu einheitlichem Handeln zu kommen. notwendig ist auch hier eine Demokratisierung. Wir dürfen die Arbeit nicht den bürgerlichen Elementen überlassen, sondern müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen systematisch schulen und sie diesem Berufe zuführen.

Die Rednerin bespricht dann das Reichs-Jugendwohlfahrts-gesetz und die Notwendigkeit, in allen Gemeinden, besonders aber in ländlichen und rückständigen Bezirken, Wohlfahrtsämter zu gründen, die mit der Parteioorganisation in engerer Fühlung stehen müssen. Es handelt sich um ein Vertrauensverhältnis zur Partei. Deshalb können auch Angehörige anderer Parteien in den Ausschüssen keine Aufnahme finden. Das schließt aber nicht aus, daß mit gleichartigen oder verwandten Organisationen gemeinsam gearbeitet wird. Das muß aber abhängig sein von der Zustimmung der Partei und davon, daß Parteigrundzüge nicht verletzt werden. Besonders für die Frauen eröffnet sich hier ein weites Arbeitsgebiet. Die Frauen finden oft in den Parteiveranstaltungen keine rechte Befriedigung. Sie suchen nach einem Arbeitsgebiet, auf dem sie ihre Kräfte spielen lassen können. Wir müssen jeden Mensch auf seinen Platz stellen und in die Lage bringen, seine Kraft zu verwenden nach seiner Neigung im Dienste der Allgemeinheit.

Pinke-Dresden schildert im Anschluß hieran den Aufbau und die Tätigkeit der sächsischen Arbeiterwohlfahrtsausschüsse. Er empfiehlt ein Hand-in-Hand-Arbeiten der Ausschüsse mit den Gemeindevertretern und mit den Jugendauschüssen und der Schule. Zur Heranbildung der nötigen Kräfte sind längere Kurse notwendig. Eingeladene Vortragende werden ihnen zuwenden.

Von den aus den Bezirken gestellten

Anträgen

wurden einige, die die Demokratisierung der Verwaltung, die Auseinandersetzung mit dem Hause Wettin, die Befreiung der Gutsbezirke und die Abschaffung der Wahl der Gemeindevorstände auf Lebenszeit fordern, der Landtagsfraktion überwiesen.

Ein Antrag des Bezirkes Dresden:

Die Landeskonferenz wolle beschließen, die Parteinstanzen und die Reichstagsfraktion zu beauftragen, sich mit Entschiedenheit dafür einzusetzen, daß im bürgerlichen Gesetzbuch die volle rechtliche

Gleichberechtigung von Mann und Frau dahingehend durchgeführt werde:

1. Die Einführung des Güterhandes der Gütertrennung als des allgemeinen gesetzlichen Güterstandes;
2. Die völlige Befreiung des Schenkungsprinzips und seine Ersetzung durch das Zerrüttungsprinzip im Ehecheidungsrecht;
3. Die Befreiung des Ehehindernisses im § 1312 BGB.;
4. Gleichstellung von Mann und Frau auf Grund des Prinzips der Gütertrennung im § 1361 BGB.;
5. Befreiung der Vermutung im § 1362 BGB.;
6. Vereinfachung des Ehecheidungsprozesses;
7. Neugestaltung des Rechtes der Kinder geschiedener Eheleute und sachgemäße Ordnung des Unterhaltes geschiedener Eheleute;
8. Völlige Gleichstellung der Eltern in der ehelichen Gewalt über die Kinder;
9. Aufhebung von § 1782 Abs. 1, Satz 2, BGB.;
10. Einführung einer Bestandschaft für den Vater entsprechend der in § 1687 fa. BGB. für die Mutter geordneten;
11. Gleichstellung des unehelichen Kindes mit den ehelichen;
12. Befreiung der Einnahme der Antrene in § 1717 BGB.;
13. Einführung der Großmutter des Mündels in § 1776 BGB.;

Das bürgerliche Gesetzbuch steht in entscheidenden Punkten sowohl in Güter- wie in Personenrecht die Frau hinter dem Manne zurück. Es behandelt vielfach die Frau als unmündig gegenüber dem Manne. Es hat auch im Familienrecht vorwiegend die Interessen der bestehenden Klassen einseitig im Auge und schädigt die Interessen der Unbemittelten.

Wir erwarten von der Partei, daß sie auch auf dem Gebiete des Privatrechtes für volle Gleichberechtigung von Mann und Frau eintritt, und daß sie auch hier das Wohl der breiten Volksmassen als alleinige Richtschnur gelten läßt.

Ebenso einige weitere Anträge, die sich mit der Gleichstellung der Frau im bürgerlichen Recht und im Strafrecht und mit Steuerfragen beschäftigen.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Schulen und der republikanische Staat.

Das sächsische Kultus- und das Wirtschaftministerium ordneten für alle ihnen unterstehenden Schulen folgendes: Alle Lehrkräfte haben die unbedingte Pflicht, ihre Berufstätigkeit im Geiste und im Interesse der neuen republikanischen Staatsrichtungen auszuüben und die ihnen anvertrauten Schüler und Schülerinnen in diesem Sinne zu bilden und zu erziehen. Jede diesem Zwecke zuwiderlaufende Beeinflussung durch Wort und Schrift ist verboten. Jede Herabsetzung und Kränklichmachung von Angehörigen einzelner Bekenntnisse und Rassen (etwa nach Art des Antisemitismus) muß unterbleiben. Vielmehr soll Sachlichkeit, Duldsamkeit, Versöhnlichkeit und Verständigung das leitende Motiv aller Lehrkräfte sein. Lehrer und Lehrkräften, die diese Aufgaben in ihrem Amte nicht erfüllen wollen, haben die daraus sich ergebenden Folgenungen auf sich zu nehmen. Sie sind zu dem ihnen anvertrauten Amte untauglich.

Die Verordnung des Kultusministeriums über das Tragen politischer Abzeichen durch Schüler findet auch auf die Lehrkräfte Anwendung. Die Schülerüberzeugungen sind ungenau von solchen Wägern zu reinigen, die die Republik zu schädigen geeignet sind, besonders eine Verherrlichung der Monarchie oder verfassungsfremdlicher Einrichtungen enthalten. Die zunächst verantwortlichen Stellen (Schulleiter usw.) haben für strenge Durchführung dieser Bestimmungen zu sorgen und sind verpflicht, nötigenfalls Anzeige zu erstatten. Lehrkräfte, die dieser Verordnung zuwiderhandeln oder Unsturzvereinigungen angehören, haben ihre Entlassung zu gewärtigen. Es folgen weitere Strafbestimmungen.

Der Schutz der Republik an den Hochschulen.

Der sächsische Kultusminister hat im Anschluß an die Reichsverordnung eine Verordnung erlassen, wonach den Studierenden der sächsischen Hochschulen verboten ist, an Vereinen, Vereinigungen, Versammlungen, Aufzügen und Kundgebungen teilzunehmen, in denen Erörterungen stattfinden, die zur Befreiung der republikanischen Staatsform oder zu Gewalttaten gegen Mitglieder der jetzigen oder einer früheren Regierung des Reiches oder eines Landes aufreizen, solche Handlungen billigen oder verherrlichen oder die republikanischen Einrichtungen des Staates verächtlich machen, auch wenn ein Verbot dieser Veranstaltungen gemäß § 1 der Reichsverfassung nicht erfolgt ist. Gegen Zuwiderhandeln kann die sofortige Wegweisung von der Hochschule durch das Ministerium verfügt werden. Allen Dozenten, Beamten, Assistenten, Studenten, Angestellten und Arbeitern ist unterlagt, in der Hochschule schwarz-weiß-rote oder sonstige politische Abzeichen (Hakenkreuze, Sowjetsterne usw.) zu tragen. Zuwiderhandeln wird disziplinarisch oder durch Wegweisung von der Hochschule bestraft.

Reinigung der Dresdner Polizeiverwaltung.

Auf Beschluß des Gesamtministeriums ist der Dresdener Polizeipräsident Dr. Grille von seinem Posten entbunden worden. Ueber seine einstweilige Verwendung wird noch Beschluß gefaßt werden. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Dresdner Polizeipräsidenten ist der 1. Staatsanwalt Dr. Thomas, bisher Polizeireferent im Kultusministerium, beauftragt worden. Außerdem sind vom Dresdner Polizeipräsident verabschiedet worden Oberregierungsrat Eder von der Planik sowie die Regierungsräte von Römer und von Schönerberg-Kochschönberg, die an die Amtshauptmannschaft Coburg versetzt wurden. Die Amtsverwaltung übernahm der Polizeireferent im Kultusministerium Dr. Vulsch, bisher Polizeireferent im Ministerium des Innern und Regierungsrat Dr. Schubert von der Antze, Kamenz. Der Regierungsrat v. Römer wird an die Amtshauptmannschaft Kamenz versetzt. Die politische Abteilung des Polizeipräsidenten Dresden ist nunmehr dem Ministerium des Innern unmittelbar unterstellt worden, und ihre Leitung ist an Stelle des zur Amtshauptmannschaft Dresden-N. verleiteten Regierungsrates Dr. Groß, dem Staatsanwalt Dr. Wader, bisher in Leipzig, übertragen.

Aus der Umgebung.

wi. Gauß. Gemeinderatssitzung. Unter Mitteilungen nimmt man Kenntnis von einem Dankschreiben der Freiwilligen Feuerwehr, sowie von einer Beschwerde der Firma Riquet und Co. an die Amtshauptmannschaft wegen des Ortsgerichtes über den Wohnungsbau der Industrie. Die Schenkungsgebühren werden auf 400 Prozent der Chemnitzer Gebührentabelle erhöht. Dem hiesigen Schwimmverein werden verlockende Preise für seine auswärtigen Mitglieder Vorzugsjahreskarten ausgeschrieben. Die Gemeinde-Ringgärtnerin hat ihre Stellung zum 1. Oktober gekündigt. Der Richtspruch der Rechnung vom Jahre 1918 wird stattgegeben. Bei dieser Gelegenheit wird der Betriebsfonds der Gemeinde von 30 000 auf 80 000 M. erhöht. Gegen den neuen Verkehrsplan, sowie gegen den neu vorgeschlagenen Fluchtlinienplan der Roburger Straße erhebt der Gemeinderat Einspruch. Zum Bau eines Wohnhauses in der Weckerstraße muß ein Darlehen in der Höhe von 1 200 000 M. aufgenommen werden. Es wird beschloffen, diese Summe bei der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden aufzunehmen, aber zu versuchen, die Auszahlung von 100 Prozent statt der vorhergehenden 90 Prozent zu erwirken und dementsprechend den Zinssatz zu erhöhen. Das sogenannte Armenhaus ist dem Verfall sehr nahe. Obwohl die Instandsetzungsarbeiten rund 140 000 M. betragen werden, ist der Gemeinderat für die sofortige Ausführung der Arbeiten. In den gemeindlichen Grundbüchern werden die Mieter ab 1. Oktober nach der gesetzlichen Miete berechnet. Beschloffen wird, eine Bekanntmachung zu veröffentlichen, in welcher alle leerer oder möblierten Zimmer und Schlafstellen nur mit Zustimmung der Gemeindebehörde vermielet werden dürfen. Zum Schluß beklagte sich **Warder**, Leiter der kommunikativen Kom-

munaal-Aktefung, wie er sich hoch vorstellte, über den letzten Gemeinderatsbericht in der Leipziger Volkszeitung. Es scheint die Kommunalen sehr unangenehm zu sein, ihre Unfähigkeit zur Arbeit im Gemeinderat einmal dokumentiert zu sehen.

Brandis. Oeffentliche Stadtgemeinderatssitzung vom 6. Juli 1922. Es kommt eine Verfügung der Aufsichtsbehörde betr. Erhöhung der Umgebungsentwidlung für die Bezirkebebauung zur Vorlage. Darauf wird beschloffen, die Erhöhung der Entschädigung abzulehnen, da sich ein Verbotnis zu Einführung nicht ergeben hat. Einstimmig wird beschloffen, zum Nachtragsentwürfe betr. Sicherstellung des Mindesteinkommens der Ruhestandsunterstützung für die Bezirkshebauern anzunehmen. Zum Vortrag kommt der Voranschlag über die Bedürfnisse der Parochialgemeinde Brandis-Cämmerci auf das Jahr 1921/22. Der Voranschlag wird als richtig anerkannt. Für die nächsten Jahre soll aber zunächst festgestellt werden, ob die politischen Gemeinden zur Tragung der Kosten verpflichtet sind. Beschloffen wird, die Leichenhalle ausbessern zu lassen und die Gehaltsabgabe von der Mitteldeutschen Bodencreditanstalt in Wert gegen Abfluß der Rente zu übernehmen. Nachträglich erfolgte Zustimmung zu der Wahl des Herrn Hantschel-Kamhof als Steuerassistentenbuchführer. Weiter wird beschloffen, den Haushaltsplan entsprechend dem Vorschlage des Genossen Stadtrat Rehm anzupassen und den technischen Ausschuss im Einvernehmen mit der Hausbesitzer- und Mieterorganisation zu beauftragen, die Arbeiten für die Einführung der geistlichen Miete einzuleiten. Die Hausbesitzer- und Mieterorganisation soll mit je 3 Mann in dem Ausschuss vertreten sein. Stadtrat Rehm erstattet Bericht über den Besuch der Spar- und Girokassenvereinigung in Dresden. Nachträglich wird Zustimmung zu der Zinsaufhöhung für ausgeliehene Kapitalien auf 6 Prozent erteilt.

Tausa. Bei der letzten stattgefundenen Elternratswahl wurden von 1226 Wahlberechtigten 492 Stimmen abgegeben. Davon erhielt die bürgerliche Liste 270 Stimmen, die USV. 124 und die KPD. 88 Stimmen. Die Sitze verteilen sich demnach wie folgt: 6 bürgerliche, 2 USV. und 2 KPD. Der Ausfall der Wahl ist für die hiesige Arbeiterschaft besorgniserregend, man sollte sich möglich halten, daß bei einer solch politischen bewegten Zeit die Bürgerlichen die Mehrheit erhalten konnten.

Tausa. Die vom 18. d. M. an gültigen Brotmarken sind Freitag und Sonnabend vormittag im Rathaus abzugeben. Der Ausgabe der neuen Brotmarken erfolgt nur gegen Rückgabe der alten Brotmarkenloffe.

Eschra. Gemeinderatssitzung. Die Sitzung ist auf Antrag des Herrn Gemeindevorstes Hilliger, der, wie nunmehr endgültig feststeht, in den nächsten Tagen von hier verziehen wird, bis zum nächsten Sonntag, den 23. d. M., vertagt worden. Seitens des Herrn Regler wird erklärt, daß von bürgerlicher Seite ein Vorschlag nicht eingebracht, während durch Herrn Pöschke Herr Walter Schneider als Gemeindevorstes vorgeschlagen wird. Die Abstimmung ergibt die Wahl desselben mit 7 Stimmen bei 4 Stimmengleichungen. — Durch Herrn Hilliger wird hierauf die am vergangenen Sonntag stattgefundene Fahnenweihe des Gesangsvereins Germania a einer Kritik unterzogen, insbesondere bezeichnet er die Teilnahme des hiesigen Militärvereins und das Besetzen verschiedener Häuser durch schwarzweißrote Fahnen als Provokation, da darin eine monarchistische Kundgebung zu erblicken sei. Die Herren Schneider, Eider und Wilschke teilen den Ausführungen des Herrn Hilliger bei, während Herr Regler als Vorsitzender des Gesangsvereins Germania einen Bericht über den Verlauf der Veranstaltung erstattet, nach dem den Ausführungen der Vorredner entgegengetreten wird, und dem sich Herr Dr. Wötger anschließt. Den gestellten Anträgen, die Angelegenheit wegen eventueller Verletzung des Militärvereins und derjenigen Grundstücksbesitzer, die die genannte Fahne verwendet haben, wird entsprochen. — Die zu zahlenden Kosten für gemeinnützige Arbeiten, Abtrennung von Bauplätzen betreffend, sind von den die Veranstaltung hierzu gegebenen Beteiligten, trotzdem die Bauausführung nicht erfolgt ist, wieder zu erheben. — Auf Anregung des Herrn Eider, die Verlegung von Karzoffeln für den kommenden Herbst betreffend, soll später zurückgekommen werden. — Die der Gemeinde in Erholungsheimen noch zur Verfügung stehenden 14 Plätze sollen durch die vom Rat noch zu bestimmenden Kinder besetzt werden. — Am Bahnhof wird eine größere Plakattafel aufgestellt beschloffen.

en Marfrankstädt. Stadtgemeinderat. Ein großer Kulturfortschritt war der Beschluß des Gemeinderates, das Bestattungswesen zu verstaatlichen. Ein Ortsgericht darüber wurde angenommen. Am den Einwohnern wenigstens im Tode Gerechtigkeit zukommen zu lassen, sollte ein möglichst einheitliches Begräbnis eingeführt werden. Für alle ein gleiches. Wer darüber hinaus noch Extrabedürfnisse hatte, sollte keinen Zuschuß erhalten. Gegen diesen Vorschlag wandten sich alle Bürgerlichen, einschließlich des Bürgermeisters. Sie bezeichneten es als ungerecht, wenn diejenigen, die von der bestimmten Form abweichen, keinen Zuschuß erhalten. Wir denken anders darüber. Nach längerer Debatte wurde das Gesetz nach unsern Vorschlägen gegen die Stimmen der bürgerlichen Vertreter angenommen. Wie aufmerksam die Debatte verfolgt wurde, dafür ein Beispiel. Der eine Stadtvater, von Beruf wohl Fleischermeister, war während der Verhandlungen eingeklinkt. Von einem vorbeiziehenden Trommlerkorps geweckt, meldete er sich plötzlich zum Wort und sprach — gegen unsere Anträge. Einstimmig angenommen wurde ein Nachtrag für das Ortsgericht über die Freibank und ein Ortsgericht über Aufwandsentschädigungen, Reisekosten usw. Nach letzterem erhalten ab 1. Juli d. J. die unbesoldeten Stadträte 2000 M., der Vorsitzende 1300 M., die Stadtverordneten 1000 M. jährlich an Aufwandsentschädigung. Ob diese Summe bei den vielen Sitzungen, in denen mindestens ein Anzug draufgeht, ausreichen wird? — Eine sehr heikle Sache für unsern Ort wird in Zukunft die Wasserversorgung, wenn es nicht gelingen sollte, Verbesserungen herbeizuführen. Tatsache ist, daß der Wasserspiegel in den Sammelbrunnen immer mehr zurückgeht. Die Stadt hat diese Angelegenheit mehreren Sachverständigen unterbreitet, und diese wollen versuchen, durch Bohrungen usw. Abhilfe zu schaffen. Die Kosten hierzu wurden bewilligt. Jedenfalls ist aber der Einwohnerkonsens schon jetzt dringend zu raten, recht sparsam mit dem edlen Nahrungsmittel zu umgehen. — Eine Summe von 70 000 M. als Zählgeld zur Beschaffung von Schuhwerk wurde bewilligt. Der Verkauf soll an alle Einwohner gehen. — Die Gebühren für das Eisenbahnwesen wurden auf 275 Prozent der Chemnitzer Taxe erhöht. Sollte sich bei Einbringung der Unterlagen etwas anders ergeben, werden die Sätze entsprechend weiter erhöht. — In die Wahlkommission zur Bestellung der Schöffen und Geschworenen, werden die Genossen Georgi und Langer gewählt. — Die Sparkasse hatte im Jahre 1921 einen Reingewinn von 250 000 M., die Girokasse einen solchen von 40 000 M. Leider muß der Sparkasseneingewinn reiflos dem Reservefonds zugeführt werden, da die Stadt durch Zeichnung von Kreditsanleihe ganz erheblichen Schaden erlitten hat. Es war während des Dreiklassenwahlsystems — Die Zwentauer Straße soll umgepflastert werden; die Mittel dazu werden bewilligt. — Zugestimmt wurde noch der Wiedererwerbung von zwei Feldgrundstücken an hiesige Einwohner.

6. Tag. Vormittagsitzung.

Die internen Verhandlungen dauern an. Zunächst werden einige Mitteilungen über die Berliner Bewegung zur Kenntnis gebracht und dann die Besprechung über die tarifliche Lage zu Ende geführt. Von den vorliegenden vier Resolutionen wurde Nachstehende mit Mehrheit angenommen: „Die Generalversammlung stellt sich erneut auf den Boden der Tarifgemeinschafft und spricht sich für die volle Aufrechterhaltung der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf zentralem Wege aus. Sie richtet an die Gesamtgehilfenschaft

